

## Protokoll 10/2021

### **Grosser Gemeinderat von Zug**

**Sitzung vom Dienstag, 2. November 2021, 17:00 – 20:00 Uhr, Theater Casino Zug**

Vorsitz: Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson

Protokoll: Markus Grüter, Protokollführer

### **Begrüssung, Entschuldigungen und Traktandenliste**

**Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson** eröffnet die 10. Sitzung des Grossen Gemeinderats in diesem Jahr und begrüsst nebst den Mitgliedern des Grossen Gemeinderats und des Stadtrats auch die Vertreter der Zuger Lokalmedien sowie vereinzelt Gäste.

Für die heutige Sitzung entschuldigt haben sich die Ratsmitglieder Etienne Schumpf, Urs Bertschi, Jérôme Peter und Mara Landtwing; die übrigen 36 Mitglieder des Grossen Gemeinderats sind anwesend.

Später erschienen: Gregor R. Bruhin (17:40 Uhr) und Alexander Eckenstein (17:40 Uhr)

**Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson** stellt fest, dass der Rat beschlussfähig ist.

Der Stadtrat ist vollzählig zugegen.

### **Organisatorisches zur heutigen Sitzung**

Werner Hauser vertritt den abwesenden Jérôme Peter als Stimmzähler.

## Traktandenliste

- 1 Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 9 vom 28. September 2021
- 2 Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben
- 3 Überweisung  
Postulat der SVP-Fraktion vom 24. September 2021 betreffend «Fortschrittliches und zeitgemässes Pensionierungswesen»
- 4 Überweisung  
Postulat der Mitte-Fraktion vom 28. September 2021 betreffend «Wiedereröffnung der Mittelstation der Zuger Bergbahn»
- 5 Überweisung  
Motion der Fraktion ALG-CSP vom 16. Oktober 2021 betreffend «Nachfrageorientierte Ferienangebote für Schulkinder der Stadtzuger Schulen»
- 6 Postulat Th. Dubach, SVP, vom 25. September 2020 betreffend "Beflagung in der Stadt Zug"  
Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2678 vom 31. August 2021
- 7 Postulat (Motion) St. W. Huber, glp, und M. Willimann, ALG, vom 15. Dezember 2020 betreffend "für Transparenz durch Offenlegung von Interessenbindungen"  
Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2679 vom 7. September 2021
- 8 Interpellation der SP-Fraktion vom 6. Mai 2021 betreffend "Betreuungsplätze dank neuem Modulpavillon"  
Antwort des Stadtrats Nr. 2677 vom 24. August 2021
- 9 Interpellation der glp-Fraktion vom 25. Mai 2021 betreffend Wärmeversorgung auf Stadtgebiet  
Antwort des Stadtrats Nr. 2683 vom 7. September 2021
- 10 Interpellation der SVP-Fraktion vom 21. Juni 2021 betreffend Denkmalschutz an öffentlichen Gebäuden der Stadt Zug: Ist der Stadtrat gezwungen vor den kantonalen Denkmalschutzbehörden zu kuschen, um seine vom GGR bewilligten Projekte überhaupt realisieren zu können?  
Antwort des Stadtrats Nr. 2680 vom 7. September 2021
- 11 Postulat (Motion) der Fraktion ALG-CSP vom 26. Juni 2020 betreffend Grundlagen für die Veloförderung schaffen  
Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2687 vom 21. September 2021
- 12 Postulat der SVP-Fraktion vom 29. September 2020 betreffend "Es braucht eine neue Digitalisierungsstrategie für die Stadtverwaltung Zug"  
Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2691 vom 19. Oktober 2021

- 13** Interpellation der FDP-Fraktion vom 3. Juni 2021 betreffend «Bibliothek der Zukunft – wohin führt der Stadtrat die Reise?»  
Antwort des Stadtrats Nr. 2692 vom 19. Oktober 2021
- 14** Interpellation B. Zimmermann und J. Messmer, beide SVP, vom 31. August 2021 betreffend "Wie lange müssen die Stadtzuger den oberen Postplatz in dieser Form noch dulden?"  
Antwort des Stadtrats Nr. 2688 vom 28. September 2021
- 15** Mitteilungen

**1. Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 9 vom 28. September 2021**

**Zur Traktandenliste:**

Das Wort wird nicht verlangt.

**Ergebnis:**

**Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson** stellt fest, dass keine Änderungsanträge vorliegen. Die Traktandenliste gilt somit als stillschweigend genehmigt.

**Zum Protokoll:**

Das Wort wird nicht verlangt.

**Ergebnis:**

**Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson** stellt fest, dass keine Berichtigungen eingegangen sind und demnach das Protokoll stillschweigend genehmigt ist.

## 2. Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben

### Interpellation Philip C. Brunner, SVP, vom 28. September 2021 betreffend «Subito mehr Parkplätze für Zug und vorallem mehr Plätze mit Ladestationen für die E-Mobilität auf öffentlichem Grund und in weiteren städtischen Immobilien aller Art»

In einem im Frühling 2021 erschienenen Artikel befasste sich der Zürcher Tagesanzeiger (TA) mit fehlenden Parkplätzen mit Ladestationen **schweizweit**: „Datenauswertung zur E-Mobilität - in den Städten fehlten die Ladestationen für Elektroautos: „Ausgerechnet in den grossen Zentren harzt der Ausbau der Infrastruktur für Elektroautos. Die Autobranche sieht die Schuld bei der rot-grünen Politik.“

<https://www.tagesanzeiger.ch/in-den-staedten-fehlen-die-ladestationen-fuer-elektroautos-182947589172> Zitat: „Hauptgrund, der gegen Elektroautokauf spricht: Zu wenig Ladestationen - Der Stecker fehlt: Offenbar ist das der Hauptgrund für die ins Stocken geratene Umrüstung auf die E-Mobilität. Gemäss einer [repräsentativen Befragung](#) des Touring Club Schweiz (TCS) geben mehr als 40 Prozent aller Schweizerinnen und Schweizer an, sie würden kein Elektroauto kaufen, weil es zu wenig Ladestationen gebe.“ Aktuelle Situation der öffentlichen Ladestationen in der Stadt Zug:

<https://s.geo.admin.ch/8fcef2e643> Quelle: <https://map.geo.admin.ch/>

Öffentliche Ladepunkte pro Zuger Gemeinde:							
Hochgerechnet auf Ladepunkte pro 1000 Elektroautos. Die (2 Zuger) Gemeinden in dunkelgrün erfüllen die Empfehlung der EU (Mehr als 100 Ladestationen pro 1000 Elektroautos.)							
	Gemeinden:	Einwohner: (Jahr 2018)	Ladepunkte 1'000 EW	Anteil Elektro:	Autos EW:	Ladestationen: Ladepunkte:	
Grün:	1	Baar	24'468	182	2,2%	0.68	62/68
Grün:	2	Steinhausen	10'026	168	1,6%	0.65	18/18
50-100	3	Zug	30'542	54	3,3%	0.65	23/35
1-50	4	Oberägeri	6'081	36	2,7%	0.67	3/4
1-50	5	Unterägeri	8'868	26	2,3%	0.57	2/3
1-50	6	Cham	16'723	20	3,6%	0.82	8/10
1-50	7	Hünenberg	8'808	19	2,3%	0.76	2/3
1-50	8	Risch/Rotkreuz	10'862	14	5,7%	1.68	9/14
Keine	9	Walchwil	3'663	0	2,3%	0.75	0/0
Keine	10	Menzingen	4'539	0	2,0%	0.58	0/0
Keine	11	Neuheim	2'257	0	1,8%	0.72	0/0

Bemerkungen: Zugelassene Elektroautos (reine E-Fahrzeuge und Plugin-Hybride) pro Gemeinde berücksichtigt.  
 Daten: Fahrzeugbestand und Ladestationen von Februar resp. März 2021. Gemeindestand und Einwohnerzahlen von 2018.  
 Die Ersten Ladepunkte sollten mehr als 90% der öffentlich Ladepunkte umfassen.

Datenquelle der Tabelle: <https://datawrapper.dwcdn.net/nbuQx/6/>

Empfehlung: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A32014L0094>

Richtlinie 2014/94/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2014 über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe

Die Stadt Zug schreibt auf ihrer Homepage (Zitat): **“Öffentliche Ladestationen in der Stadt Zug:** In einem gemeinsamen Projekt der WWZ und der Energiestadt Zug wurden an vier Standorten eMobil-Ladestationen installiert. Die Lademöglichkeiten befinden sich auf **öffentlichen Parkplätzen an der Allmendstrasse, der Dammstrasse, auf dem Bundesplatz und am Bruder-Klausen-Weg in Oberwil.** Pro Standort können zwei eMobile mit Solarstromgeladen werden.“ Quelle:

<https://www.stadtzug.ch/dienstleistungen/38793>

Wie Auswertung (Tabelle) zeigt hat die Stadt Zug bereits einen respektablen und vergleichsweise mit anderen Gemeinden überdurchschnittlichen Anteil an Elektro- und Hybridautos (3,3% gemäss TA), liegt aber gegenüber den Gemeinden Baar und Steinhausen bei öffentlichen und privaten Ladestationen und Ladepunkten auf dem Gemeindegebiet zurück. In diesem Zusammenhang stelle ich dem Stadtrat folgende Fragen:

1. Gemäss dem erwähnten Zitat verfügt die Stadt Zug auf all ihren Parkplätzen lediglich über **4 E-Ladestellen, bzw. 8 E-Ladesäulen**. Warum gibt es keine zusätzlich Installationen in den städtischen Parkhäusern? Welche Ausbauschritte sind dazu im Zeichen der steigenden Elektromobilität des gesamten Wagenparks angedacht? Gibt es dazu bereits einen Masterplan zur Ertüchtigung der städtischen Infrastruktur bei Parkplätzen und in Parkhäusern? Wenn Nein, warum nicht? Wann darf mit einer solchen Offensive gerechnet werden? Mit welchen Kosten ist pro Ladestation für die Stadt Zug zu rechnen, wenn mit dem lokalen Anbieter WWZ zusammengearbeitet wird? Welche interessanten Alternativen bestehen allenfalls seitens anderer Anbieter?
2. Nachdem ein weiterer Abbau von („konventionellen“) Parkplätzen ohne Ladestationen in der Stadt Zug nicht mehr möglich ist, (re: Volksinitiative «Ja zu Gewerbe und Läden in der Altstadt!», Volksinitiative mit 58% JA angenommen) stellt sich die Frage, wo nun vor allem auch oberirdisch neue Parkplätze geschaffen werden könnten, wo auch Elektrofahrzeuge aufgeladen werden können. Aufgrund der Schwierigkeiten der Installation von Ladeinfrastrukturen in privaten Mietliegenschaften und Stockwerkeigentümer Gemeinschaften (STEG) wird der Druck auf die öffentlichen Ladestationen immer grösser. Wo kann sich der Stadtrat weitere öffentliche Ladeplätze vorstellen, ohne irgendwelche Parkplätze für andere Antriebsarten abzubauen?
3. Beim SVP-Postulat „für eine pragmatisch organisierte neue Parkordnung, für Zugerinnen und Zuger, Spaziergänger, für Badegäste, für Pendler und P+R-Benützer der ZVB in der Lorze“, Nr. 2576 vom 10. März 2020 hielt der Stadtrat bei der Beantwortung folgendes fest: Zitat: „Der Parkplatz soll bereitstehen, wenn die südlich des Bahngleises gelegenen Parkplätze aufgehoben werden, was frühestens 2022 der Fall sein wird. Im Rahmen der Projektierung wird die maximal mögliche Anzahl an Parkplätzen betreffend der topografischen Gegebenheit, der Bodenbeschaffenheit (sickerfähig), einer optimale Bepflanzung, der E-Mobilität etc. geprüft werden“. In diesem Zusammenhang stellt man sich folgende Fragen: Wie gestalten sich heute die diesbezüglichen Planungen? Wäre es nicht eine gute Möglichkeit einen mit besonders vielen Ladestationen ausgerüsteten Parkplatz so zu erstellen, dass der Platz auch nachts und im Winter gut ausgelastet werden könnte? Eine Variante wäre zudem sicher mittels einer Photovoltaikanlage (PV) entlang der Bahnlinie den Strom für die E-Mobilität mitzuproduzieren? Wie stellt sich der Stadtrat zu einem solchen innovativen Pilotprojekt der öffentlichen Hand mit Vorbildcharakter?
4. Wie sieht die Situation bei den zahlreichen Wohnimmobilien der Stadt aus? Wie entwickelt sich hier die konkrete Einrichtung von Ladestationen für die Mieterschaft und was ist dazu für unsere städtischen Mieterinnen und Mietern angedacht?

Ich bedanke mich für die Beantwortung meiner obigen Fragen und weiteren relevanten Aus-führungen und spannenden Uebersichtsplänen zu diesem Thema und verbleibe  
- mit GGR - freundlichen Grüssen

### **Ergebnis**

Der Interpellant verlangt die schriftliche Beantwortung seiner Fragen. Gemäss § 43 Abs. 2 hat der Stadtrat hierfür drei Monate Zeit.

**Postulat der Mitte-Fraktion vom 28. September 2021 betreffend «Wiedereröffnung der Mittelstation der Zuger Bergbahn»**

Das Trasse der Zuger Bergbahn wird in nächster Zeit saniert. In diesem Zusammenhang soll der Stadtrat in Zusammenarbeit mit der Zuger Berg Bahn abklären, welche Möglichkeiten bestehen und was dazu benötigt wird, um die Mittelstation wieder in Betrieb zu nehmen. Dies mit der Möglichkeit «Halt auf Verlangen».

Der Grund dieses Vorstosses ist, eine bessere Erschliessung von Anwohnern durch den ÖV. Die Kooperation baut in der Juchenegg mehrere Wohnungen. Zudem würden die Wanderwege im Bereich Blasenberg attraktiver und besser erschlossen.

**Ergebnis**

Das Postulat ist an der heutigen Sitzung unter Traktandum 4 zur Überweisung traktandiert.

**Interpellation der SVP-Fraktion vom 15. Oktober 2021 betreffend «Das unheimlich leise Kulissenschieben im Stadthaus – «husch-husch» noch vor den Wahlen 2022 zu einer neuen organisatorischen Ausgangslage?»**

Es gibt relativ ernstzunehmende Gerüchte, dass der Stadtrat kürzlich beschlossen hat, in den nächsten Tagen gewisse Umdispositionen einer (oder mehreren?) ganzen Abteilung-en innerhalb der Verwaltung vorzunehmen. Im Grundsatz kann er dies in eigener Kompetenz machen. Dazu stellen wir dem Stadtrat hiermit folgende Fragen:

1.

Stimmt die kolportierte Information, dass die Abteilung «Umwelt und Energie» in das Präsidialdepartement umdisponiert, bzw. umgruppiert werden soll? Wenn Ja? Warum macht der Stadtrat das jetzt? Was hat ihn zu dieser Massnahme bewogen? Falls Nein, warum wurde eine solche Umdisposition ernsthaft in Erwägung gezogen? Sind weitere Änderungen am heutigen langjährigen Organigramm der Verwaltung geplant? Wenn Ja, welche?

2.

Falls diese Informationen wirklich stimmen sollte, dann ist doch der Zeitpunkt, rund einem Jahr vor den nächsten Wahlen, wo gemäss den heute vorliegenden Informationen zwei Stadträte, darunter der amtierende Stadtpräsident zurücktreten, überhaupt nicht günstig, ja sehr heikel? Warum sieht dies der heutige Stadtrat anders?

3.

Ebenso ist im Dept. SUS zumindest das wichtige Geschäft, die Totalrevision des Energiereglementes (in 1. Lesung im GGR behandelt), noch gar nicht abgeschlossen. Wie verträgt sich dies mit einer möglichen zukünftigen Umgruppierung der Abteilung innerhalb der Stadtverwaltung?

4.

Zur Zuteilung ins Präsidialdepartement: Dieses Dept. ist ja schon heute ein ziemlich «bunter Haufen» mit über einem Dutzend verschiedenartigsten Abteilungen: Das Präsidialdepartement umfasst aktuell die folgenden Bereiche: «Stadtkanzlei, Stadtentwicklung, Kultur, Einwohnerdienste mit den drei Fachbereichen Einwohnerkontrolle, Erbschaftsamt und Zivilstandsamt Kreis Zug, Zentrale Dienste, Stadtarchiv, Personaldienst, Lernende und Praktikanten, Rechtsdienst/Notariat, Controlling/Organisation, Kommunikationsabteilung und Friedensrichteramt». Gemäss den Führungstheorien nach heutiger Lehre ist die Führungsspanne bei 8 bis 10 direkt Unterstellten. Wie passt da führungstechnisch die Abt. «Umwelt und Energie» zum bestehendem Organigramm dazu?

5.

Das traditionelle Dept. SUS, (Departement Soziales, Umwelt, Sicherheit (S-U-S) wird damit zu S&S und auch administrativ stark entlastet. Welche Folgen hat dieser mögliche Wechsel finanziell und personell und welches sind die Folgen im Präsidialdepartement?

Wir bedanken uns für die rasche schriftliche Beantwortung unserer Fragen und allfälliger ergänzender diesbezüglichen Informationen und verbleiben mit freundlichen Grüßen

**Ergebnis**

Die Interpellanten verlangen die schriftliche Beantwortung ihrer Fragen. Gemäss § 43 Abs. 2 hat der Stadtrat hierfür drei Monate Zeit.



## **Motion der Fraktion ALG-CSP vom 16. Oktober 2021 betreffend «Nachfrageorientierte Ferienangebote für Schulkinder der Stadtzuger Schulen»**

Die Stadt Zug bietet während den Zuger Schulferien während mindestens 10 Wochen ein erwerbskompatibles und bedarfsgerechtes Ferienangebot für die Schulkinder der Stadtzuger Schulen an. Sie sorgt dafür, dass ein genügendes Angebot zur Verfügung steht, sodass die Nachfrage gedeckt werden kann. Die Stadt Zug kann diese Ferienbetreuungsangebote selber oder zusammen mit Partnerorganisationen bereitstellen.

Bei der Festlegung der Beiträge der Erziehungsberechtigten für die Ferienbetreuung der Kinder ist sicherzustellen, dass der Zugang zu den Angeboten für alle Familien gewährleistet ist, auch für Familien mit einem kleinen Einkommen und für Familien des Mittelstandes.

### **Begründung**

Ausgangslage: Aktuell besteht mit dem «Ferien-Zug» ein attraktives Ferienbetreuungsangebot für Stadtzuger Kindergarten- und Primarschulkinder, welche entweder die Freizeitbetreuung, die Tagesschule oder die Heilpädagogische Schule besuchen. Diese Kinder erhalten die Gelegenheit, Neues zu entdecken, Grenzen zu erforschen und den Horizont zu erweitern und haben die Möglichkeit, ihren Lebensraum mit anderen Kindern aktiv zu gestalten. Auch Kinder auf der Warteliste der Freizeitbetreuung können von diesem Angebot profitieren.

Ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz besteht jedoch nicht, auch nicht für Zuger Kinder, die für eine dieser Einrichtungen eingeschrieben sind. Überhaupt keinen Zugang zu den Ferienbetreuungsangeboten der Stadt Zug haben Kinder, welche weder die Freizeitbetreuung, die Tagesschule noch die Heilpädagogische Schule besuchen. Dies stellt eine Ungerechtigkeit dar und soll sich ändern.

Ein bedürfnisorientiertes Ferienangebot für alle Stadtzuger Kinder erlaubt es deren Eltern, ihre berufliche Tätigkeit und ihr Familienleben gut miteinander zu verbinden. Ohne Ferienangebote ist ein berufliches Engagement für Eltern in Berufen mit regulären vier Ferien-Wochen äusserst schwierig, wenn nicht unmöglich. Falls berufstätig, müssen Eltern die Ferienzeiten ihrer Kinder oft „schichtweise“ abdecken, so dass sie kaum als ganze Familie Ferien machen können. Dank dem Ferienangebot können die Eltern ihre Ferien frei planen und diese als ganze Familie gemeinsam geniessen. Genügend Ferienbetreuungsangebote anzubieten ist deshalb ein riesiger Standortvorteil im Wettstreit um gut ausgebildete Fachkräfte.

Für Kinder aus bildungsferneren Schichten ist es besonders wichtig, in den Ferien Anregungen zu erhalten. Da meist beide Elternteile arbeiten müssen, ist es ihren Eltern oft nicht möglich, etwas mit ihnen zu unternehmen.

Nicht zuletzt ist eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf wichtig zur Erreichung der tatsächlichen Gleichstellung. Solange die Organisation der Kinderbetreuung während den Ferien jedes Mal eine Herkulesarbeit ist, wählen viele Familien das traditionelle Familienmodell, bei welchem nur ein Elternteil erwerbstätig ist. Im Normalfall ist es die Mutter, welche zu Hause bleibt - mit den entsprechenden negativen Auswirkungen für ihre Karriere und ihre Altersvorsorge.

### **Fazit**

Mit einem nachfrageorientierten Ferienangebot für Städtzuger Schulkinder sollen folgende Zielsetzungen erreicht werden:

- Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Förderung der tatsächlichen Gleichstellung zwischen Mann und Frau
- Verbesserung der gesellschaftlichen und sprachlichen Integration von Kindern und damit der Ausbau der Chancengleichheit
- Förderung der Standortattraktivität der Gemeinde als Wohn- und Arbeitsort

### **Ergebnis**

Die Motion ist an der heutigen Sitzung unter Traktandum 5 zur Überweisung traktandiert.

## **Postulat der SVP-Fraktion vom 24. Oktober 2021 betreffend «We are last but not least» – Das Postulat zur Ehrung städtischer Sportler\* auch in der Stadt Zug**

Antrag: Der Stadtrat wird beauftragt die städtischen Sportler\* jährlich mit einer geeigneten öffentlichen Veranstaltung öffentlich zu ehren und die Anerkennung für deren Leistungen zum Ausdruck bringen. Ziel ist es, nicht nur den Spitzensport, sondern auch den Breiten- und Vereinssport auszuzeichnen und in geeigneter Form ebenfalls zu belohnen und zwar symbolisch und auch finanziell.

### Begründung:

In Sachen «Sportlerehrungen» sind uns die anderen Zuger Gemeinden seit Jahren weit voraus und zwar ungeachtet der Tatsache, dass auch der Kanton Zug seine Ehrungen jährlich an der «Zugersportnacht» vornimmt: Dazu gab es übrigens eine spannende Aufzeichnung der Sportnacht 2021 (im Februar 21) wozu ein Link einen guten Einblick erlaubt. Die Veranstaltung versteht sich durchaus in Ergänzung zu den Ehrungen in den Gemeinden und nicht in Konkurrenz der gemeindlichen Bemühung bei der Ehrung von Sportleistungen aller Art.

### Kanton Zug:

<https://www.zg.ch/behoerden/gesundheitsdirektion/amt-fuer-sport-und-gesundheitsfoerderung/sportfoerderung/zuger-sportnacht>  
<https://zugersportnacht.ch/live.php> (Aufzeichnung Zuger Sport Nacht 2021, Dauer: Video 1h 12 min.)

In praktisch allen Zuger Gemeinden werden regelmässig Sportler\*, Trainer\*, Teams aller Art darunter auch kleinste lokale Vereine für ihre wichtige Arbeit öffentlich geehrt. Hier eine (zufällige) Auswahl an Beispielen, weitere Veranstaltungen gibt es in der ganzen Schweiz.

### Beispiele aus den Zuger Gemeinden:

#### Gemeinde Hünenberg:

<https://www.zg.ch/behoerden/gemeinden/hunenberg/de/gemeinde/freizeit-und-kultur/Anlaesse-events/Gemeindliche-feiern/ehrungen/sportlerehrungen-2019-ehrungen-fuer-andere-erfolge-2019>

#### Gemeinde Steinhausen:

<https://www.nau.ch/ort/baar/dorffest-mit-sportlerehrungen-fand-in-steinhausen-statt-66004491>

#### Gemeinde Baar:

<https://www.baar.ch/aktuellesinformationen/1302257>

#### Ägerital:

<https://www.zugerwoche.ch/kultur/detail/article/aegeri-award-und-sportlerehrung-2021-00202599/>

Ägeri-Award und Sportlerehrung 2021

#### Gemeinde Cham:

<https://www.cham.ch/champion> und <https://www.cham.ch/champion/3191>

Originalton: "Seit 2008 zeichnet Cham Personen und Organisationen für herausragende Leistungen aus, welche sie in Kultur, Sport, Soziales, Lebenswerk, Wissenschaft, Wirtschaft und/oder Arbeitsplatz vollbracht haben. Die Liste der Chamer CHAMPions lässt sich sehen". Ende Zitat.

#### Zur Stadt Zug:

Die Stadt Zug unternimmt bezüglich solcher «Sportlerehrungen» zurzeit leider praktisch nichts und bleibt betrüblicherweise inaktiv. Es gibt zwar durchaus auf anderen Gebieten entsprechende Ehrungen für verdiente Mitmenschen. <https://www.stadtzug.ch/brauchtum/14> . An der "Lebkuchenehrung" im Stadtratszimmer wurden bisher allerdings kaum je Sportler geehrt, eher Vertreter aus Gesellschaft, Politik, Literatur, Kunst, Kultur, Benevol etc. Das ist auch wichtig! Die Lebkuchenehrung soll deshalb nicht einfach mit einem Zusatz weiterausgebaut werden, sondern in der bisherigen Form weiterbestehen.

Dies gilt auch im Kultur- und Kunstbereich <https://www.stadtzug.ch/zugerkulturschaerpe/11251> ,wo die Ehrungen mit der «Kulturschärpe» ebenfalls bereits seit einigen Jahren eine Tradition ist.

Es braucht dazu aus Sicht der SVP-Fraktion auch nicht noch weitere «smarte» Strategien des Stadtrates zur «Strategieentwicklung» <https://www.stadtzug.ch/stadtentwicklung/1722> oder die veröffentlichte Entwicklungsstrategie <https://www.stadtzug.ch/aktuellesinformationen/1353904> (das Wort Sport kommt nicht vor) sondern mehr konkrete und pragmatische Taten für die sportliche Öffentlichkeit. Die für eine Ehrung in Frage kommenden Sportler und deren Vereine haben für viele Jugendliche eine wichtige Vorbildfunktion und sie sind gelebte Integration. Es ist unbestritten, dass Sport auch für Gesundheit von Körper und Geist eine wichtige Rolle spielen, eine Tatsache die leider unter dem Eindruck der Pandemie für die Gesundheitsförderung fast wieder vergessen wurde.

Wir bedanken bereits heute dem Stadtrat für eine konstruktive Antwort zu unserem Postulat und verbleiben mit freundlichen Grüßen

\*darunter ist immer auch die weibliche Form,  
als z.B. Sportlerin zu verstehen

#### **Ergebnis**

Das Postulat wird an der nächsten Ratssitzung zur Überweisung traktandiert.

**3. Postulat der SVP-Fraktion vom 24. September 2021 betreffend «Fortschrittliches und zeitgemässes Pensionierungswesen»  
Überweisung**

**Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson** verweist auf Postulatstext und Begründung durch die Postulierenden.

**Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson** stellt fest, dass zur Überweisung das Wort nicht verlangt und kein Nichtüberweisungsantrag gestellt wird.

**Ergebnis**

**Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson** stellt fest, dass der Rat das Postulat stillschweigend überwiesen hat.

**4. Postulat der Mitte-Fraktion vom 28. September 2021 betreffend «Wiedereröffnung der Mittelstation der Zuger Bergbahn»  
Überweisung**

**Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson** verweist auf Postulatstext und Begründung durch die Postulierenden.

**Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson** stellt fest, dass zur Überweisung das Wort nicht verlangt und kein Nichtüberweisungsantrag gestellt wird.

**Ergebnis**

**Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson** stellt fest, dass der Rat das Postulat stillschweigend überwiesen hat.

**5. Motion der Fraktion ALG-CSP vom 16. Oktober 2021 betreffend «Nachfrageorientierte Ferienangebote für Schulkinder der Stadtzuger Schulen»  
Überweisung**

**Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson** verweist auf Motionstext und Begründung durch die Motionierenden.

**Daniel Blank**

Für den Vorstoss bedanken wir uns bei der Fraktion ALG-CSP, sie nimmt ein wichtiges Thema auf. Auch wir sehen einen gewissen Handlungsbedarf. Dafür braucht es aber eine saubere Auslegeordnung. Das hier geforderte Rundum-sorglos-Paket ist in der FDP nicht mehrheitsfähig. Wir möchten vom Stadtrat einen Vorschlag mit Augenmass.

Bitte unterstützen sie deshalb unseren Antrag auf Umwandlung in ein Postulat.

**Bruno Zimmermann**

Ich bin mehrmals durch die Motion durchgegangen und habe versucht herauszufinden, was nun der Auftrag an den Stadtrat ist. Irgendwie ist mir das nicht so richtig gelungen. Einerseits lese ich in der Motion etwas von Gleichstellung, andererseits soll Integration betrieben werden – und dann natürlich noch irgendwo Kinderbetreuung.

Die SVP-Fraktion sieht es daher als sinnvoller, wenn der Stadtrat zuerst eine fundierte Standortanalyse durchführt, Stärken und Schwächen des bestehenden Systems aufzeigt und dies dann dem GGR vorlegt. Anhand der Antworten des Stadtrats kann danach entschieden werden, ob überhaupt weitere Schritte notwendig sind und, falls gegeben, welche. Mit den neu gewonnenen Informationen könnte man dann einen entsprechenden Vorstoss einreichen. Daher unterstützt die SVP-Fraktion den Antrag der FDP, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

**David Meyer**

Auch bei der glp gab es eine Diskussion. Das Anliegen ist durchaus plausibel erkennbar. Aber wir haben keine Ahnung, was das im Konkreten heisst und wie der Auftrag lauten sollte, wer denn davon betroffen ist, welche bestehenden Ferienangebote dann rückgebaut oder abgebaut oder ausgebaut werden. Deswegen unterstützen wir die Umwandlung in ein Postulat ebenfalls.

**Dagmar Amrein**

Das Thema Ferienbetreuung ist ein aktuelles und sehr wichtiges Thema, das im Moment auch auf kantonaler Ebene behandelt wird. Da wir jedoch nicht wissen, mit welchen Verzögerungen auf kantonaler Ebene zu rechnen ist, möchten wir in der Stadt Zug vorwärts machen.

Ein sinnvolles Programm während den Ferien für die Kinder ist für deren Entwicklung sehr wertvoll. Als auf der Primarstufe tätige Lehrperson kann ich Ihnen versichern: Man spürt sehr gut, welche Kinder ihre Ferien vorwiegend vor dem Computer oder am iPad verbracht haben.

Vom Ferienangebot profitieren aber nicht nur die Kinder, sondern ebenso die Eltern. Ein fehlendes Angebot stellt berufstätige Väter und Mütter immer wiederkehrend vor ein grösseres Problem. Die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärkt die Standortattraktivität der Stadt Zug als Wohn- und Arbeitsort, was auch den Firmen und Arbeitgebern wieder zu Gute kommt. Gerade die Stärkung der Standortattraktivität in der Stadt Zug ist äusserst wichtig, man denke an die Unsicherheit im Zusammenhang mit der kommenden Mindeststeuer von 15 % für global agierende Unternehmen.

Die Kosten, welche durch ein solches Projekt verursacht werden, betrachten wir also als Investitionskosten: eine Investition in unsere Kinder, in unsere Familien und in die Standortattraktivität der Stadt Zug.

Das ungelöste Problem der Ferienbetreuung ist dringend. Lassen Sie den Stadtrat im Interesse unserer Zuger Familien und zur Förderung der Standortattraktivität Stellung nehmen und überweisen Sie bitte unser Anliegen als Motion.

**Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson** stellt fest, dass für die Umwandlung einer Motion in ein Postulat eine Zweidrittelmehrheit notwendig ist. Für die Umwandlung werden somit 23 Stimmen benötigt.

#### **Abstimmung Nr. 1**

- Für die Überweisung als Motion stimmen 7 Ratsmitglieder
- Für die Umwandlung der Motion in ein Postulat stimmen 26 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 0

#### **Ergebnis Abstimmung Nr. 1**

**Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson** stellt fest, dass der Rat die Motion in ein Postulat umgewandelt. Der Vorstoss wird somit als Postulat überwiesen.



## **6. Postulat Th. Dubach, SVP, vom 25. September 2020 betreffend "Beflaggung in der Stadt Zug"**

Es liegt vor:

- Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2678 vom 31. August 2021

**Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson** stellt fest, dass das Wort zum Eintreten nicht verlangt wird, auf die Vorlage wird somit stillschweigend eingetreten.

### **Thomas Dubach**

Wir danken dem Stadtrat für Bericht und Antrag.

Das Positive vorweg:

Wir sind erfreut, dass dem Stadtrat die Hilfeleistung von damals, wo Zuger der Stadt Fürstenfeld geholfen haben, am Herzen liegt. Das wollen auch wir hochhalten. Auch wir sind erfreut, dass der Stadtrat die Verwirrung anerkennt, welche durch das Hissen der Europafahne besteht. Man möchte zur Klärung Schilder anbringen – mehr dazu später noch.

Und natürlich freut es uns, dass der Stadtrat von Werten, von christlichen Werten, und vom christlich geprägten Abendland schreibt und solche in die Begründung seines Entscheides miteinbezieht. Das finden wir gut und wir freuen uns, wenn der Stadtrat stets diese Werte hochhält und sich an ihnen orientiert.

Zur Sache:

Was will denn der Dubach eigentlich mit dieser Flagge? Die stört doch niemanden und schliesslich haben wir genug andere Probleme. Doch ich frage: Geht es wirklich nur um dieses banale Stück Stoff am Mast? Ich meinte: Nein, es geht hier um Symbolik – und natürlich um Emotionen. Die damalige Hilfeleistung von Stadtzuger Bürgern an Fürstenfeld stellt einen Wert dar, den es – wenn man denn will – angemessen in Erinnerung zu halten gilt. Heute und in Zukunft.

Deshalb, Hand aufs Herz: Ist die Europafahne das richtige Mittel? Wir sind nach wie vor der Meinung: Nein, das ist es nicht. Wenn schon eine Fahne, dann die Stadtzuger Fahne, denn es waren Stadtzuger, die eben Werte hochgehalten haben, indem sie aus freien Stücken geholfen haben.

Dank dem Vorstoss und der Bearbeitung durch den Stadtrat haben nun ein paar interessierte Leute mehr Kenntnis von der Hilfeleistung von damals.

Nun ein Schwenk rüber zur Wertegemeinschaft und zum Europarat: Ich verstehe die Generation von damals, wo Dr. Josef Reichl es gut gemeint hat mit dem Zutragen der Europaratsfahne nach Zug. In den Sechziger Jahren, eine knappe Generation nach dem Krieg, hatte der Europarat einen anderen Stellenwert, die Völker zusammenbringen. Doch heute sieht die Welt anders aus, und auch der Europarat. Der Europarat steht in der Kritik wegen Korruptionsgeschichten und auch – gegenteilig zu «Taten statt Worte» von Alois Hürlimann – wird im Europarat heute viel geredet und wenig getan. «Viele Worte und wenig Taten», heisst es. Kommt hinzu, dass Länder, welche wegen Nichteinhaltung von Menschenrechten in Kritik geraten, dort in dieser Wertegemeinschaft mit am Tisch sitzen. Es ist nicht alles schlecht im Europarat, aber an «Taten statt Worte» erinnert er nicht. Und auch die Fahne bringt man heute nicht in Verbindung mit den angesprochenen Werten. Wie vom Stadtrat erkannt, stiftet sie zudem Verwirrung bezüglich der Institution, welche sie repräsentieren soll.

Nun unsere Kritik am Bericht und Antrag des Stadtrats:

Alois Hürlimann sagte auch: «Die Tat ist alles, nichts der Ruhm.» Der Stadtrat könnte mehr machen aus der Hilfeleistung von damals. Gerade die Stadt Zug, welche bekannt ist für den wirtschaftlichen Erfolg – und manchmal darauf reduziert wird –, könnte sich diese Hilfeleistung zu Nutze machen: Anstelle der Europafahne könnte man zum Beispiel einen bewusst bescheidenen Preis ins Leben rufen. Vielleicht einen Zug-Fürstentum-Preis – wo die Stadt Zug Private auszeichnet, welche aus freien Stücken Notleidenden helfen. Dies und weiteres habe ich bereits beim Überweisungsvotum vorgeschlagen. Aufgenommen worden ist vom Stadtrat nichts.

Unsere Fraktion ist deshalb zum Schluss gekommen, dass der Stadtrat es sich ein bisschen zu einfach gemacht hat mit dem Anbringen einer Beschriftungstafel. Vielmehr sollte der Stadtrat mit der Zeit gehen und einen Schritt vorwärts machen: Werte bleiben, Institutionen ändern sich. Die Hilfeleistung von damals ist heute nur schwerlich in Zusammenhang zu bringen mit der Europafahne. So reichen wir heute zusätzlich einen Vorstoss mit dem Titel «Werte, Institutionen – und Flaggen» ein.

Dass der Stadtrat die Stadtzuger Fahne nicht hissen will, wissen wir nun. Wobei ich sie heute Morgen seit längerem wieder einmal auf dem Dach des Stadthauses habe wehen sehen. Doch es fällt zusätzlich auf: Wo ist das Wappen? Auch dieses ist verschwunden. Dazu wird die SVP-Fraktion später noch einen Vorstoss nachreichen.

Wir nehmen ablehnend Kenntnis vom Bericht, treten nicht auf die Vorlage ein und danken für ihre Aufmerksamkeit.

### **Mathias Wetzel**

Ich halte das Votum von Etienne Schumpf, welcher heute abwesend ist.

So klar wie wir als FDP gegen einen EU-Beitritt sind, so klar stehen wir für eine offene und moderne Auslandspolitik, die auf bewährten bilateralen Verträgen beruht und unserer besonderen Lage im Herzen Europas entsprechend Rechnung trägt. Abschottung oder Ablehnung gegen alles, wo EU oder Europa draufsteht, erachten wir als wenig zielführend und zu protektionistisch für die Interessen und Zukunft unseres Landes.

Aufgrund dieser Meinung sind wir der festen Überzeugung, dass in der Stadt Zug die Fahne des Europarates wehen darf und soll. Kommt dazu, dass uns die Fahne als Zeichen von Dank und Wertschätzung für unsere humanitäre Hilfe verliehen wurde. Eine Auszeichnung, auf die wir stolz sein dürfen und die wir auch zur Schau stellen können. Es ist aber auch ein Zeichen von Eigenverantwortung und dass Auslandhilfe auch aufgrund privater Initiative möglich ist.

Wir sind stolz auf diese Auszeichnung und darauf, dass die Fahne des Europarates in der Stadt Zug weht und die Offenheit, Internationalität und Solidarität mit unseren europäischen Freunden zur Schau stellt, und begrüßen, dass entsprechende Tafeln zur Information angebracht werden.

Wir sind mit der Antwort des Stadtrates zufrieden und stehen inhaltlich voll und ganz dahinter.

### **Theo Iten**

Wir von der Mitte danken dem Stadtrat für den ausführlichen Bericht über die Beflagung in der Stadt Zug.

Die Bedeutung der Fahne des Europarats und die Verleihung durch den Europarat für die Zuger Hilfe an Fürstenfeld ist ehrenhaft. Ja, es ist so, auch die FFZ hat eine gute kameradschaftliche Verbindung zu Fürstenfeld. Der Europarat und die EU sind strikte zu trennen.

Das Anbringen von Informationstafeln, um allfällige Missverständnisse zu vermeiden, begrüssen wir.

Die Stadt Zug betreibt zehn Fahnenstandorte. Wie sieht es mit dem Unterhalt und mit den Kosten aus? Ich vermisse Stadtzuger Fahne auf dem Stadthaus fürs ganze Jahr, was uns Zuger ausmacht und auch zu uns gehört.

Mehrheitlich Kenntnisnahme und abschreiben. Besten Dank.

### **Rupan Sivaganesan**

Ich fasse kurz die Haltung der SP-Fraktion zusammen. Die SP-Fraktion ersuchte Sie letztes Jahr im Herbst, den Vorstoss nicht zu überweisen. Die SVP hat schon mehrmals in diesem Rat versucht, die Flaggen zu entfernen. Uns schien, sie wolle die historischen Zusammenhänge nicht erkennen. Das haben wir auch vorher gehört. Daher hat die SP-Fraktion früher schon den Antrag gestellt, diesen Vorstoss gar nicht erst zu überweisen.

Entgegen der Behauptung der SVP-Fraktion hat die Flagge mit der EU so oder so nichts zu tun. Ich wiederhole es noch einmal: Es handelt sich um eine Auszeichnung des Europarats, eine nette Geste, ein Zeichen der Würdigung für die nach dem Zweiten Weltkrieg geleistete humanitäre Hilfe. Deshalb hängt die Fahne aus gutem Grund in der Stadt.

Wir begrüssen die klare Positionierung vom Stadtrat, wieso er die Flagge nicht entfernen will. Wir finden gleichzeitig, die historische Aufklärung könnte allfälligen Missverständnissen entgegenwirken. Die vorgeschlagenen Infotafeln vom Stadtrat finden wir daher spannend und wir unterstützen die Umsetzung.

### **Martin Iten**

Eigentlich wollte unsere Fraktion zu diesem Postulat nichts sagen, ich sagen nun doch ganz kurz etwas, weil ich auf das Votum von Thomas Dubach etwas erwidern möchte.

Thomas Dubach hat gesagt, es gehe hier auch um Symbolik und diese müsse man sich anschauen. Ich habe etwas nachgeforscht, warum historisch gesehen Fahnen eigentlich gehisst werden. Es gibt zwei Hauptgründe, warum man das tut: Einerseits werden Fahnen gehisst, um die territoriale Herrschaftsmacht zu deklarieren – also um zu sagen: dieses Gebiet gehört uns, dieses Haus gehört zu uns. Das ist eine Deutung, der Thomas Dubach beziehungsweise die SVP wahrscheinlich folgt, weil die Frage gestellt wird, warum hier sozusagen fremde Mächte ihre Flaggen bei uns hissen. Es gibt aber auch eine zweite Tradition, die ebenso wichtig und alt ist: Flaggen werden auch gehisst als Zeichen der Verbundenheit, der Freundschaft, der Verbindung oder einer Beziehung, die man hat. Ich glaube, in diesem Sinne kann man auch das Hissen von unseren Flaggen verstehen, denn das Hissen der Flaggen hat eine historisch begründete und gut hergeleitete Geschichte, wie wir aus dem Bericht wissen.

Ich möchte auf einen weiteren Punkt hinweisen, wenn wir schon von Symbolik und über Flaggen sprechen. Wir haben diese Fahnentrios, bei denen die Europafahne zusammen mit der Schweizer Flagge und der Zuger Flagge hängt. Woher kommen denn eigentlich unsere anderen zwei Flaggen, über die wir nicht sprechen?

Als kleiner Hinweis: Die Zuger Flagge ist eigentlich ebenso eine Flagge einer fremden Macht, sie kommt nämlich ursprünglich – die visuelle Verwandtschaft zur Flagge Österreichs lässt es vermuten – von den Habsburgern und ist ein habsburgisches Herrschaftszeichen. Unsere Vorfahren haben diese Flagge übernommen. Offensichtlich hatten sie eine innere geistige Weite, um das zu tun und damit sozusagen von einer fremden Macht eine Flagge zu adaptieren und sie bis heute tragen.

Und wenn wir auf das Schweizerkreuz schauen, ist dieses ebenso mit einer Geschichte verbunden, die viele nicht wissen. Das Schweizerkreuz geht zurück – davon gehen die meisten Historiker aus, das ist die Annahme – auf die sogenannte Thebäische Legion. Vielleicht haben Sie auch schon davon gehört: 10'000 Märtyrer, ein Massaker um 300 n. Chr. im heutigen St. Maurice im Unterwallis, wo eine römische Legion, die Thebäische Legion aus dem heutigen Nordafrika, heroisch hingerichtet wurde. Auf dieses Ereignis geht das Schweizerkreuz zurück.

Als Hinweis an unsere Freunde von der SVP: Das Schweizerkreuz geht ursprünglich zurück auf eine fremde Macht, auf Legionäre, die sozusagen als Gastarbeiter in die Schweiz gekommen sind. Eine Macht, die aus Nordafrika stammt und dunkelhäutig war, weil der Anführer dieser Truppe war Mauritius der Maure, ein «Mohr» sozusagen. Interessante historische Gegebenheiten also rund um die Schweizer Flagge. Vielleicht kann die SVP, die dieses Schweizerkreuz in ihrem «Sünneli» trägt, einmal darüber nachdenken.

Zusammenfassend: Wenn wir Flaggen also nur im Kontext von Herrschaftszeichen verstehen, dann kommen wir nicht umhin, die historischen Bezüge ganzheitlich zu studieren und zu hinterfragen. Offenbar hatten unsere Vorfahren genau diese Gabe einer guten Unterscheidung und konnten das Verwenden und Hissen von Flaggen differenzieren. Und ich meine, dass das auch der Stadtrat gut kann mit seinem Bericht und Antrag, dem unsere Fraktion Alternative-CSP zustimmen wird. Insbesondere begrüsst unserer Fraktion auch die Anbringung der Informationstafeln.

### **Karl Kobelt, Stadtpräsident**

Zuerst möchte ich mich recht herzlich für die interessanten und engagierten Voten bedanken. Ich erlaube mir, den einen oder anderen Gedanken hier anzuknüpfen, gehe bewusst nochmals kurz auf den Inhalt der Beantwortung des Postulats durch den Stadtrat ein, aber dann auch über diese Beantwortung hinaus.

Es stellt sich die Frage: Wofür steht die Europafahne? Ich meine, für verschiedene Dinge, die die Stadt Zug stark gemacht haben und die uns Zugerinnen und Zugern und uns Schweizerinnen und Schweizern wichtig sind.

Zunächst einmal steht – wir haben es mehrmals gehört – die Europafahne für die europäische Wertegemeinschaft. Die Wertegemeinschaft des christlichen Abendlandes. Es sind gerade jene Werte, welche die Triebfeder waren für die grossartige Zuger Hilfe für Fürstentum nach dem Zweiten Weltkrieg.

Die Europafahne steht auch – und hier kann man den Faden weiterspinnen – für die nötige Zusammenarbeit über die Landesgrenzen hinweg. Meinen Sie wirklich, sehr geehrte Damen und Herren, meinen Sie wirklich, unser Wohlstand wäre ohne die zahlreichen Verbindungen über die Landesgrenzen hinweg je erreicht worden?

Europa muss seinen Erfolg und seine Wirtschaftskraft auf der ganz grossen Bühne der Weltpolitik und der Weltwirtschaft verteidigen. Nur so wird die so genannte «alte Welt» im globalen Wettstreit zwischen den USA und der seit einigen Jahren schon etablierten Weltmacht China bestehen können. Hier wird die Schweiz als Land im Herzen Europas mit vielfältigen Beziehungen zu seinen Nachbarn ihre Rolle als Partnerin weiterhin spielen.

Daher sagen wir mit Überzeugung, dass die Europafahne in der Stadt Zug weiter flattern muss. Ich persönlich sage dies mit gleicher Überzeugung, wie ich das Zuger Logo stolz auf meiner Brust trage oder am Nationalfeiertag mit Freude die Landeshymne singe.

Ein gesunder Patriotismus, sprich die Liebe zum Vaterland und zur Heimatstadt, gehen mit der Europaflagge an den Zuger Fahnenmasten bestens einher.

Im Übrigen ist das keine neue Geschichte. Sie hat auch nichts mit der Zuger Standortpolitik zu tun. Sie werden wohl die Brown Boveri, Bally und Nestlé etc. als schweizerische Firmengründungen bezeichnen. Und dann beim zweiten Blick feststellen: Diese Firmen tragen ja keine typisch schweizerischen Familiennamen. Richtig. Es waren Ausländer – noch keine Ausländerinnen schwergewichtig –, welche hierher gekommen sind, Hugenotten in vielen Fällen, und damit Europäer, die in die Schweiz kamen und hier ihr Glück versuchten.

Die damit verbundene Offenheit der Schweizer, solche Leute willkommen zu heissen und sie frei wirken zu lassen, hat sich für unser Land vielfach ausbezahlt. In wirtschaftlicher Hinsicht und in gesellschaftlicher Hinsicht. Und ich meine, ausbezahlt hat sich dies auch für unseren Standort Zug. Lorenz Stucki hat dies in seiner kleinen Schweizer Wirtschaftsgeschichte, die den Titel «Das heimliche Imperium» trägt, trefflich beschrieben. Es sei Ihnen zur Lektüre bestens empfohlen.

Kurz: In der Europaflagge an unseren Fahnenmasten ist sehr viel Schweiz drin. Und mithin sehr viel Zug drin. Der Stadtrat wird diese weiterhin über unseren Köpfen flattern lassen.

**Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson** führt aus, dass die SVP-Fraktion ein neues Postulat eingereicht, aber keinen anderslautenden Antrag als den des Stadtrates gestellt hat.

#### **Thomas Dubach**

Ich war der Meinung, dass ich im Namen der SVP ablehnende Kenntnisnahme ausgesprochen habe zum Bericht des Stadtrates. Ich würde das gerne nochmals kundtun.

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson dankt für die Korrektur. Über den Antrag der SVP-Fraktion auf ablehnende Kenntnisnahme stimmt der Rat ab.

#### **Abstimmung Nr. 2**

- Für Kenntnisnahme stimmen 24 Ratsmitglieder
- Für ablehnende Kenntnisnahme stimmen 10 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 1

#### **Ergebnis Abstimmung Nr. 2**

**Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson** stellt fest, dass der Rat den Bericht des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat. Das Postulat wird als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

**7. Postulat (Motion) St. W. Huber, glp, und M. Willimann, ALG, vom 15. Dezember 2020 betreffend "für Transparenz durch Offenlegung von Interessenbindungen"**

Es liegt vor:

- Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2679 vom 7. September 2021

**Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson** stellt fest, dass das Wort zum Eintreten nicht verlangt wird, auf die Vorlage wird somit stillschweigend eingetreten.

**Stefan W. Huber**

Ich denke, man darf dieses Geschäft durchaus als einen historischen Schritt bezeichnen – nicht nur für den Grossen Gemeinderat, sondern auch für die Stadt Zug. Als eine der allerletzten Gemeinden der Schweiz wird nun auch Zug freiwillig – von sich aus – den Schleier lüften und zeigen, dass seine Gesetzesmacher und -umsetzer nichts zu verbergen haben.

Es hat mich ehrlich gesagt überrascht und umso mehr gefreut, dass der Stadtrat unser Anliegen befürwortet und ihm zustimmt. Die Angaben sind freiwillig und unverbindlich, damit habe ich kein Problem. Wenn man will, kann man immer etwas verstecken. Transparenz ist mehr als ein Gebot, es ist ein Appell an die Aufrichtigkeit von uns Politikern und die nötige Ergänzung zur Ausstandspflicht. Erst die Offenlegung der Interessenbindungen macht die Ausstandspflicht für die Bürgerinnen und Politikerinnen dieser Stadt nachvollziehbar. Da falsche Angaben weder verfolgt noch bestraft werden, hätte man auch die Firmenbeteiligungen von über 20 % mit im Geschäft lassen können. Dies wäre eine weitere legitime Möglichkeit, als Politikerin freiwillig die eigenen Interessen zu deklarieren. Einige glauben, das sei komplett unnötig, weil man auch ohne den Anspruch auf Transparenz transparent sein könnte. Ich kann das verstehen. Doch dieser Ansatz vernachlässigt eine Tatsache: Die Intransparenz eines Politikers, die Intransparenz einer Politikerin wird erst dann transparent, wenn er oder sie zur eigenen Intransparenz steht. Wenn eine Politikerin glaubt, dass meine niemanden etwas angeht, dass meine Interessen meine eigene Sache sind, dann darf sie, darf er das von uns aus auch glauben, aber dann solle er, dann soll sie auch den Schneid, den Mut und die Aufrichtigkeit haben, den eigenen Wählerinnen in die Augen zu schauen und ihnen ins Gesicht zu sagen, dass es sie verdammt nochmal nichts angeht, was die Politiker für Interessen haben.

Dieses Mindestmass an Transparenz mag uns als kleiner Schritt erscheinen, aber es ist ein grosser Schritt für diese Stadt. Die Politikerinnen legen ihre Interessen offen, stehen zu dem, was sie vertreten, zeigen, dass sie nichts zu verstecken haben. Was in allen Kantonen und Gemeinden ausser in Zug bereits heute selbstverständlich ist, wird – so hoffe ich aus tiefster Überzeugung – hoffentlich und endlich auch in Zug eine Selbstverständlichkeit werden. Lassen Sie uns unseren Wählerinnen freiwillig zeigen, für was wir einstehen. Lassen Sie uns dieser Vorlage zustimmen – sie hat es verdient.

Vielen Dank an Stadtschreiber Martin Würmli und vielen Dank an Karl Kobelt für euren Mut und euer konstruktives Vorwärtsmachen in dieser Sache.

### **Michèle Willmann**

Ich spreche sowohl als Fraktionssprecherin als auch als Mit-Postulantin und möchte mich ebenfalls beim Stadtrat vielmals für die Beantwortung unseres Postulats bedanken.

Eine funktionierende Politik baut auf dem Vertrauen der Bevölkerung auf und Transparenz ist wiederum eine wichtige Grundlage für dieses Vertrauen. Die Offenlegung von Interessenbindungen ist ein wichtiger Schritt in Richtung mehr Transparenz.

Mit der Antwort des Stadtrats und auch der Unterstützung durch das Büro sind wir sehr zufrieden. Den Vorschlag mit der Erfassung am Anfang der Legislatur und einer jährlichen Aufforderung zur Prüfung beziehungsweise Aktualisierung durch das Büro beurteilen wir als pragmatisch und sinnvoll. Dass das Ganze auf Freiwilligkeit beruht und nicht sanktioniert wird, macht ebenfalls Sinn. Eine Nicht-Offenlegung der Interessenbindungen einzelner Mitglieder würde sich sicherlich nicht gut machen. Deshalb gehen wir davon aus, dass die Angaben durch alle, auch auf freiwilliger Basis, gemacht werden. Mit der Nichtaufnahme der Information über grössere Beteiligungen an Firmen können wir leben.

Wichtig scheint uns beim Register, dass auch ersichtlich ist, wie aktuell die Daten sind, also beispielsweise mit der Angabe «Zuletzt geprüft am XX». Eine erste Deklaration am Anfang und dann beispielsweise zwölf Jahre keine aktive Aktualisierung mehr würde wohl ein falsches Bild vermitteln. Deshalb ist wichtig zu sehen, was der Datenstand ist. Dies könnte zum Beispiel erreicht werden, indem bei der jährlichen Aktualisierung nicht nur neue oder erloschene Interessenbindungen mitgeteilt werden müssten, sondern auch eine aktive Bestätigung des aktuellen Registers möglich ist, beispielsweise mit der Mitteilung «Ich bestätige, dass noch alles aktuell und das Register vollständig ist». Das wäre für die Ratsmitglieder ja auch kein Aufwand, sondern in wenigen Sekunden, beispielsweise per Online-Umfrage erledigt. Anschliessend könnte das Prüfdatum entsprechend aktualisiert werden.

Wir unterstützen zudem, dass der Stadtrat sein ohnehin vorhandenes Register mit der Deklaration der Interessenbindungen neu öffentlich zugänglich machen will.

Mit diesen Schritten nähern wir uns zumindest in der Stadt Zug langsam dem Standard anderer vergleichbarer Gemeinden und Städte an. Das ist eine gute Nachricht und ein äusserst wichtiges Zeichen. Vielen Dank.

### **Laurence Uttinger**

Die FDP-Fraktion dankt den Postulanten für den Vorstoss und begrüsst den unbürokratischen Umsetzungsvorschlag des Stadtrats. Es ist heute selbstverständlich, dass über Interessenverbindungen informiert wird, wenn man ein öffentliches Amt ausübt. Diese Transparenz stärkt auch das Vertrauen in uns und unsere Tätigkeit – gerade wenn sie keine Holschuld der Bürger darstellt.

Wir möchten allerdings anregen, dass die Ziffer 2, das betrifft die Tätigkeiten in Führungs- und Aufsichtsgremien sowie Beiräten und ähnlichen Gremien von schweizerischen und ausländischen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des privaten und des öffentlichen Rechts, mit einem Zusatz versehen wird, der klar macht, dass nur dann über solche Tätigkeiten zu informieren ist, wenn sie eine Verbindung zur Stadt Zug aufweisen. Dies haben die Postulanten so verlangt und das scheint uns auch sinnvoll.

Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass das berechnigte Anliegen der Postulanten mit dem vorgeschlagenen Vorgehen rasch und unkompliziert umgesetzt werden kann, und folgt den Anträgen des Stadtrats.

### **Ivano De Gobbi**

Auch wir unterstützen das Anliegen der Postulanten und befürworten eine Transparenz durch die Offenlegung von Interessenbindungen.

Wie in der Antwort vom Stadtrat erwähnt, ist die mögliche pragmatische Umsetzung positiv hervorzuheben. Wir alle hier im Rat haben nichts zu verbergen und dürften mit dem Vorschlag vom Stadtrat keine Probleme haben.

Dass die Beteiligungen an Unternehmungen aus datenschutzrechtlichen beziehungsweise persönlichkeitsrechtlichen Überlegungen nicht erhoben werden können, erschliesst sich uns nicht.

Wir sind auch nicht restlos davon überzeugt, dass damit alle möglichen Interessenverbindungen in Bezug auf die Geschäfte vom GGR transparent aufgezeigt werden.

Trotzdem unterstützen wir das Anliegen und beantragen die Kenntnisnahme und Abschreibung.

### **Christoph Iten**

Transparenz – ein Thema, das die Gesellschaft bewegt. Und es bewegt auch uns Politiker. Kanton Schwyz, Transparenz-Initiative angenommen, in einem hoch bürgerlich-konservativen Kanton. Auch in Zug werden Unterschriften für eine einschlägige Initiative gesammelt – oder sind schon gesammelt worden, da bin ich nicht auf dem aktuellsten Stand. Dies zeigt aber trotzdem: Transparenz ist ein Thema, das bewegt. Die Mitte-Fraktion ist der Meinung, dass sich auch der GGR proaktiv bewegen sollte. Und nicht erst, wenn wir mit einer Initiative dazu gezwungen werden.

Es ist auch ein Zeichen nach aussen: «Schaut her – wir haben gar nichts zu verbergen.»

Die vorgeschlagene Umsetzung erachten wir als angemessen. Insbesondere begrüssen wir, dass keine Offenlegung von Beteiligungen an Unternehmen vorgesehen ist, dies wäre wirklich ein unangemessen starker Eingriff in die Privatsphäre.

Die geplante Umsetzung via Geschäftsordnung macht in unseren Augen Sinn und dass bis zur nächsten Revision der Geschäftsordnung die Offenlegung noch auf freiwilliger Basis passiert, ist durchaus vertretbar.

Als kurze Replik noch zum Thema Offenlegung von Ämtern, die in Verbindung mit der Stadt Zug stehen: Man muss sich vielleicht nochmals überlegen, ob es dann nicht einfacher ist, einfach alles offenzulegen. Ich möchte nicht entscheiden, was jetzt genau in Verbindung mit der Stadt Zug steht und was nicht. Wenn sich jeder selber überlegen muss, was man nun offenlegen muss und was nicht, dann sind wir wieder mitten in der Grauzone, denn jeder versteht es ein bisschen anders. Aber das ist wohl ein Detail.

Die Mitte-Fraktion nimmt von der Antwort des Stadtrats Kenntnis.



**Roman Küng**

Die SVP-Fraktion hat immer noch dieselbe Haltung zu diesem Geschäft wie im Januar dieses Jahres, als es um die Überweisung ging. Einfach ausgedrückt kann man sagen: Aufwand – beträchtlich, Nutzen – null.

Man könnte meinen, die Mitglieder des GGR wären alles unseriöse, halbkorrupte Zeitgenossen. Dem ist doch nicht so.

Wir haben eine Gemeindeordnung, in welcher die Ausstandspflichten klar geregelt sind. Und diese Pflichten werden nach meinem Empfinden auch wahrgenommen. Das Führen eine Liste mit Interessenbindungen ist somit komplett überflüssig.

Wir sind nicht einverstanden, dass ein öffentliches Register über Interessenbindungen geführt wird, und beantragen daher negative Kenntnisnahme.

**Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson** fragt bei **Roman Küng** nach, ob er keinen Antrag gestellt habe.

**Roman Küng**

Doch: Wir sind nicht einverstanden, dass ein öffentliches Register über Interessenbindungen geführt wird, und beantragen daher negative Kenntnisnahme. Das hatte ich doch gesagt?

**Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson** bittet um Entschuldigung, dass sie den Antrag nicht gehört und nachgefragt hat. Sie wisse nicht, ob die Akustik im Saal heute schlechter sei.

**Roman Küng** entgegnet scherzhaft: Ich glaube, Sie hören unsere Anträge nicht so gerne.

**Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson** stellt fest, dass ein Antrag der SVP-Fraktion auf ablehnende Kenntnisnahme vorliegt.

**Stefan W. Huber**

Eine reine Formfrage: Kann der Bericht und Antrag des Stadtrats bei einem Postulat ebenfalls negativ zur Kenntnis genommen werden oder wäre das nicht vielmehr eine Rückweisung des Geschäfts? Ich habe das noch nie erlebt, dass Postulat negativ zur Kenntnis genommen wird.

**Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson** führt aus, dass zur Behandlung von Postulaten in der Geschäftsordnung unter § 42b Abs. 4 festgehalten ist: «Der Rat kann darüber Beschluss fassen, ob er die stadträtliche Vorlage in zustimmendem oder in ablehnendem Sinne zur Kenntnis nimmt.»

**Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson** stellt fest, dass ein Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme vorliegt und somit darüber abgestimmt wird.

**Abstimmung Nr. 3**

- Für Kenntnisnahme stimmen 23 Ratsmitglieder
- Für ablehnende Kenntnisnahme stimmen 10 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 2

**Ergebnis Abstimmung Nr. 3**

**Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson** stellt fest, dass der Rat den Bericht des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat.

**Ergebnis**

**Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson** stellt fest: Der Stadtrat wird die Stadtkanzlei im Hinblick auf die Legislatur 2023 bis 2026 im Sinne der Erwägungen mit der Umsetzung zu beauftragen. Das Postulat wird als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

## **8. Interpellation der SP-Fraktion vom 6. Mai 2021 betreffend "Betreuungsplätze dank neuem Modulpavillon"**

Es liegt vor:

- Antwort des Stadtrats Nr. 2677 vom 24. August 2021

### **Ivano de Gobbi**

Wir danken dem Stadtrat beziehungsweise dem Baudepartement für die Beantwortung der Fragen.

Hier vorab noch meine Interessenbindung: Ich wohne an der Eichwaldstrasse 3 als Mieter. Ich bin aber weder Einsprecher noch auf einen Betreuungsplatz angewiesen und befürworte einen dringenden Ausbau der Betreuungsplätze im Herti.

Unglücklicherweise sind die Fragen zwar beantwortet worden, aber wie es mit der Freizeitbetreuung weitergeht im Herti, ist nicht klar.

Bemerkungen zur Antwort auf die Frage 4:

Es ist schade, dass es der Stadtrat in diesem für das Quartier, die Eltern und die Kinder wichtigen Geschäft verpasst hat, die direkt Betroffenen zu informieren. Ich kann mir sehr gut vorstellen, dass die direkt betroffenen Anwohner erschrocken sind, als sie an einem Mittwoch im März plötzlich Bauprofile vor ihren Häusern sahen. Die amtliche Mitteilung erfolgte erst am Freitag im Amtsblatt. Nachträglich wurden die Einsprecher informiert und zusätzlich wurden Infotafeln aufgestellt. Allerdings bekommt man das Gefühl, dies wurde nur auf Druck der Einsprecher und wegen negativer Rückmeldungen aus der Bevölkerung gemacht.

Du, Eliane, bist im Wahlkampf 2018 angetreten, unter anderem mit dem Versprechen, für genügend Betreuungsplätze zu sorgen. Heute im September oder mittlerweile November 2021 haben wir im Hertiquartier immer noch lange Wartelisten und betroffene Eltern bekommen kurzfristige Absagen vor den Sommerferien.

Bemerkungen zur Antwort auf Frage 3:

Anhand der Antwort hat der Stadtrat keinen Plan B und übt damit indirekt oder sogar direkt Druck auf die Einsprechenden aus. Durch die Einsprachen wird der Bau des Modulpavillons verzögert. Hier stellt sich die Frage, ob auch Alternativstandorte geprüft wurden. Soweit ich weiss, wurde dies gemacht, aber alle anderen Standorte wurden als nicht möglich abgelehnt.

Wurde geprüft, ob der neue Pavillon statt in der Nord-Süd-Ausrichtung in der Ost-West-Ausrichtung erstellt werden könnte? Wurde geprüft, ob die Modulpavillons statt zweistöckig nur einstöckig ausgeführt werden könnten? Dadurch würde der «Riegel», welcher den Zugang zum Hertischulhaus versperrt, nicht so wuchtig ausfallen.

Hält der Stadtrat mit dem aktuell vorliegenden Siegerprojekt immer noch am Standort Grundstück Nr. 3625 fest? Mit dem Beginn der Bauarbeiten im neuen Hertischulhaus dürfte die Erschliessung sowie der generelle Zugang massiv schlechter werden, da bis und mit dem Aulagebäude eine grosse Baustelle entsteht.

Wäre die Wiese vor der Schwimmhalle, welche gemäss neuen Plänen zu einem Sportplatz umfunktioniert wird, nicht besser geeignet?

Zudem wird gemäss aktuellem Plan für das neue Schulhaus auf der Südseite des Areals zuerst gebaut. Wäre dann nicht im Norden Platz frei für die Modulpavillons? Dies wäre dann auch in unmittelbarer Nähe vom heute bestehenden Mittagstisch.

Bemerkungen zur Antwort auf Frage 2:

Kann der Stadtrat heute eine Auskunft darüber geben, wie es bezüglich der Einspracheverfahren aussieht und wie der mögliche weitere Fahrplan aussieht?

Wird die Zonenkonformität immer noch gleich beurteilt und eine schulergänzende Betreuung mit Küche ist auf dem Grundstück Nr. 3625 möglich?

Wir attestieren dem Stadtrat und den zuständigen Stellen in der Verwaltung, dass diese Prozesse in anderen Quartieren besser gelaufen sind.

Wir unterstützen weiterhin Massnahmen der Stadt, welche dazu beitragen, dass die Betreuungsangebote ausgeweitet werden. Vermutlich ist es für die Pavillons im Herti noch ein langer Weg und er wird Verlierer hinterlassen – seien es die Kinder und Eltern, welche auf Betreuungsplätze angewiesen sind, seien es direkte Anwohner, welche die Provisorien ganz sicher länger als bis 2026 aushalten müssen, oder sei es die Stadt, welche diese Modulpavillons gar nicht realisieren kann.

### **Richard Rüegg**

Ich halte mich kurz. Wir nehmen Kenntnis von der Antwort des Stadtrates.

Unsere Recherchen haben ergeben, dass seit dem Schulhausneubau Herti das besagte Landstück vor über 20 Jahren mittels Bbauungsplan ausgeschieden wurde, und zwar für einen allfälligen Neubau eines Kindergartens. Dass darauf ein Kinderspielplatz realisiert wurde, ist somit sehr unglücklich, denn dieser hätte dort nicht erstellt werden dürfen.

Nichtsdestotrotz, der Stadtrat hätte die Nachbarn besser informieren und einbeziehen können und müssen.

Wir hoffen, dass dieses Vergehen einmalig war und die versprochenen Prozessverbesserungen nicht nur leere Worte sind.

### **Eliane Birchmeier, Stadträtin**

Ich nehme gerne kurz Stellung: Ivano De Gobbi, Sie haben mich angesprochen auf mein Versprechen, das ich damals abgegeben habe. Dazu stehe ich voll und ganz. Dafür habe ich mich in meiner ganzen bisherigen Zeit als Stadträtin sehr stark und engagiert eingesetzt. Aber es ist halt so: Wenn man etwas macht, geht man auch das Risiko ein, dass es nicht immer auf Anhieb funktioniert. Das ist jetzt in der Herti leider der Fall.

Wir waren aber an anderen Standorten sehr erfolgreich. Wir konnten das Problem vor allem im Guthirt in Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche auf einem sehr pragmatischen und schnellen Weg lösen. Und auch für den Schulkreis St. Michael sind wir an einer ähnlichen Zusammenarbeit, die auch dort das Problem lösen wird.

Wir sind in der Beantwortung dazu gestanden, dass ein Fehler passiert ist. Die Information ist nicht optimal verlaufen. Wobei ich festhalten möchte: Die Infotafeln sind von Beginn an gestanden und nicht aufgrund der Einsprachen aufgestellt worden. Aber das war natürlich zu wenig. Und wir machen üblicherweise auch mehr, das haben wir festgehalten. Für diesen Fehler habe ich mich entschuldigt und möchte ich mich nochmal entschuldigen. Die Prozesse haben wir überprüft, das läuft jetzt wieder gut, wie es auch in der Vergangenheit war.

Auch wenn die Information nicht optimal gelaufen ist, bin ich überzeugt, dass die Einsprachen nicht hätten abgewendet werden können. Es wäre trotzdem zu Einsprachen gekommen. Das sieht man auch aus dem Wortlaut der Einsprachen. Wir haben mindestens sehr schnell reagiert und ganz kurzfristig eine Information durchgeführt, die auch auf reges Interesse gestossen ist. Verschiedene Anwohner haben mir dort bekräftigt, dass sie nicht gegen Kinder sind, aber als Anwohner berechnigte Gründe haben, weshalb sie Einsprache machen würden.

Ich kann zu Fragen, die gestellt wurden, nicht weiter Stellung nehmen, weil es ein laufendes Verfahren ist. Aber ich kann so viel sagen, dass wir selbstverständlich alle Varianten geprüft haben. Es ist der einzige Standort, der in Frage kommt. Und man muss auch anmerken: Es ist nur eine befristete Übergangslösung. Dieser Pavillon wird wieder zurückgebaut und nicht dort stehen bleiben. So viel kann ich im Moment sagen.

Der Stadtrat ist genauso interessiert daran, dass wir die Situation im Herti lösen können. Wir hoffen, dass das schnell und einvernehmlich möglich ist.

### **Ergebnis**

**Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson** stellt fest, dass der Rat die Antwort des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat.

## **9. Interpellation der glp-Fraktion vom 25. Mai 2021 betreffend Wärmeversorgung auf Stadtgebiet**

Es liegt vor:

- Antwort des Stadtrats Nr. 2683 vom 7. September 2021

### **David Meyer**

Ich habe ja die Interpellation nicht aus dem Nichts heraus geschrieben. Das Problem für die Häuser, die jetzt nicht mehr ganz taufersch sind oder in die Planung gehen, ist in der Tat, dass irgendwann die Heizung so weit ist, dass man sie ersetzen muss. Was tut man bis dann, wenn man diese Heizungen ersetzen muss?

Die Antwort des Stadtrates – musste ich dann doch feststellen – ist massiv rückständig in der Zeit. Wenn man schaut, wie lange es braucht für solche Wärmenetze, nimmt man schnell fünf oder zehn Jahre geistig ins Auge. Und 2030 wäre dann schon durch, bis man so weit ist. Man hat feststellen müssen, dass die Antwort des Stadtrates ist: Wir haben eigentlich keinen Plan.

Man könnte dann sagen, das ist delegiert an die Wasserwerke. Aber auch da haben sie keinen Plan, weil die Wasserwerke zwar das Recht haben, in der Innenstadt etwas zu tun, aber nicht mal die Pflicht. Aber was sie mit dem ganzen Zug Süd machen wollen, da gibt es keine Antwort dazu, ausser dass man doch Sonden bohren sollte. Und nächstes Mal, wenn der Praktikant die Antwort schreiben soll, dann bitte gebt ihm doch den Link aufs ZugMap. Dann stellt man nämlich fest: Über 80 % des Siedlungsgebietes der Stadt liegt in einer roten Zone, wo man keine Sonden bohren darf.

Und somit wissen wir jetzt einfach so viel: Man muss sich selber zu helfen wissen. Die Stadt wird es nicht machen und die Wasserwerke werden es vorderhand auch nicht machen. Und so nehmen wir das einfach zur Kenntnis und gehen davon aus, dass das Thema uns weiterhin beschäftigen wird. Wir danken für die Antwort.

### **Patrick Steinle**

Die Fraktion Grüne-CSP dankt den Interpellanten für den Vorstoss und dem Stadtrat für seine Antworten.

Vor gut zweieinhalb Jahren hat dieser Rat eine Einzelinitiative von Luzian Franzini abgelehnt, die den Klimanotstand ausrufen wollte. Begründung für die Ablehnung war damals: Das sei rein deklamatorisch, die Stadt sei sich der Wichtigkeit und Dringlichkeit des Anliegens auch ohne Erklärung einer Notlage bewusst.

Zweieinhalb Jahre später frage ich mich angesichts der doch sehr entspannten und wenig engagierten Antwort des Stadtrats zu dieser Interpellation, ob das Bewusstsein wirklich genügend ausgeprägt ist.

Weil wir kaum energieintensive Produktion haben, sind Heizen und Mobilität die grossen Energieverbraucher in unserer Stadt. Heizungen sind langlebig. Jede fossile Heizung, die jetzt noch neu gebaut wird, und jede bestehende Heizung, die erneuert wird, führt zu CO<sub>2</sub>-Emissionen weit über 2050 hinaus – das Stichdatum, bis zu dem wir eigentlich das Netto-Null-Ziel erreichen wollen.

Entsprechend wäre ein rascher Umstieg auf erneuerbare Energien beim Heizen sehr wichtig.

Mit den Energieförderbeiträgen unterstützt die Stadt Zug diese Bemühungen, was wir durchaus anerkennen.

Die Frage bleibt, ob die Stadt bei Wärmeverbänden nicht eine aktivere Rolle einnehmen könnte und auch sollte. So könnten wir uns etwa vorstellen, ähnlich wie in der Altstadt auch in anderen Quartieren Sonderaktionen für den Anschluss an bestehende Netze durchzuführen – oder wo solche fehlen durch eine Befragung der Hauseigentümer zu eruieren, wo und in welchem Zeitraum Heizungserneuerungen geplant sind. Anhand dieser Daten könnte die Stadt selbst, oder via die WWZ oder ein beauftragtes Ingenieurbüro, eine koordinierende Rolle für einen effizienten Wärmeverbund übernehmen, wo ein solcher lohnenswert scheint. Wir würden eine solche aktivere Rolle der Stadt sehr begrüßen. Ein entsprechender Auftrag für die Stadt lässt sich eigentlich aus dem Label der Energiestadt oder aus dem Volksauftrag der 2000-Watt-Gesellschaft durchaus ableiten. Damit könnte der Stadtrat beweisen, dass ihm die Dringlichkeit des Ausstiegs aus den fossilen Energieträgern tatsächlich bewusst ist.

### **Ergebnis**

**Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson** stellt fest, dass der Rat die Antwort des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat.

**10. Interpellation der SVP-Fraktion vom 21. Juni 2021 betreffend Denkmalschutz an öffentlichen Gebäuden der Stadt Zug: Ist der Stadtrat gezwungen vor den kantonalen Denkmalschutzbehörden zu kuschen, um seine vom GGR bewilligten Projekte überhaupt realisieren zu können?**

Es liegt vor:

- Antwort des Stadtrats Nr. 2680 vom 7. September 2021

**Philip C. Brunner**

Vorab besten Dank für die Beantwortung unserer Interpellation vom 21. Juni. Wir danken dem Stadtrat für die detaillierten Antworten, insbesondere auch auf die Frage 7, wo Tabellen auf die letzten fünf Jahre bezogen zeigen, was die Stadt im Bereich des Denkmalschutzes ausgegeben hat. Die Tabelle 2 zeigt auf, welche Beiträge für öffentliche Bauten bezahlt wurden.

Die erfreuliche Nachricht ist ja, dass dieses über 50-jährige Dach bestehen bleiben wird. Das ist eigentlich ein Erfolg aus unserer Sicht. Wir danken all denjenigen im Baudepartement und im Stadtrat, die sich entsprechend dafür eingesetzt haben. Damit ist aus Sicht der SVP das Ziel dieser Interpellation mehr als erreicht. Normalerweise erhalten wir ja zwar diverse Antworten, aber eine konkrete Lösung, wie sie jetzt aus diesem Prozess hervorgeht, ist doch eher selten.

Eine kritische Frage war ja die Frage 6 zur Zusammenarbeit mit der Denkmalpflege. Sie wissen ja, dass es dort jetzt zu einem personellen Wechsel kommt – endlich, kann ich nur sagen. Im Moment ist der Denkmalschutzchef eher ein Archäologe, er kommt aus diesem wissenschaftlichen Bereich. Zumindest wenn ich höre, wie die Eigentümer, zu denen ich mich nicht zählen kann, sei es in der Stadt oder im Kanton, sich äussern zur Denkmalpflege, dann ist es auch gut, dass es da einen Wechsel gibt.

Der Stadtrat schreibt: «Im Rahmen dieses Austausches [mit der Denkmalpflege] gelingt es immer wieder, Lösungen zu finden, die alle Beteiligten befriedigen.» Das ist wohl sozusagen eine salomonische Aussage. Wir hoffen, dass es auch vermehrt gelingt, gute Lösungen zu finden, die alle Beteiligten befriedigen, und nicht nur ausnahmsweise oder in speziellen Fällen.

In diesem Sinne danken wir dem Stadtrat nochmals für die Beantwortung und freuen uns, dass die Schülerinnen und Schüler im historischen Gebäude des Schulhauses Oberwil auch im Winter und bei Regen entsprechend durch dieses Vordach geschützt sind.

**Ergebnis**

**Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson** stellt fest, dass der Rat die Antwort des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat.

**Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson** wollte vorschlagen, nun die Pause zu machen. Sie erteilt aber zuerst **Philip C. Brunner** nochmal das Wort, da dieser den Wunsch dazu geäussert hat.

**Philip C. Brunner**

Geschätzte Frau Präsidentin, das mit der Pause finde ich eine gute Idee, da diese Sitzung ja wie ein Schnellzug durch die nächtliche Umgebung des Casinos donnert. Was mich aber ein bisschen erstaunt, ist das Schweigen des Stadtrates.



Meine Damen und Herren des Stadtrates, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind hier in einem Parlament. Wir sind hier, um uns auszutauschen, zu kommentieren, zu kritisieren, zu loben. Aber wenn der Stadtrat einfach schweigt, und zwar nicht einmal – dann könnte man sagen, gut, es ist alles gesagt –, sondern permanent schweigt, zu praktisch jedem Traktandum schweigt, dann habe ich meine liebe Mühe. Sie sind gewählt. Wir sind die Volksvertreter und Sie müssen Auskunft geben und Sie müssen Stellung nehmen. Das ist Ihr Job. Und was sie hier heute machen, ist Arbeitsverweigerung aus meiner Sicht.

**Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson** merkt an, dass mit diesem Votum die Diskussion sicher wieder in Gang gebracht worden ist.

**Karl Kobelt, Stadtpräsident**

Sehr geehrter Philip C. Brunner, jetzt habe ich mich auf ein Brötchen oder sonst etwas gefreut und nun verzögerst du mit deinem Votum die Pause, schiebst sie hinaus. Aber ich finde durchaus richtig, dass du deiner Gemütslage hier Luft verschafft und dich geäußert hast. Parlament heisst «parlare», das ist richtig. Aber in erster Linie sind doch Sie gefragt, geschätzte Parlamentarierinnen und Parlamentarier, sich mit den Vorlagen des Stadtrates auseinanderzusetzen. Ich stelle auch fest, dass der Stadtrat bei den heutigen Vorlagen grossmehrheitlich eine breite Unterstützung aus Ihren Reihen geniesst. Ich freue mich darüber, das ist nicht immer so. Ich frage mich, was der Stadtrat dazu noch zu sagen hätte.

An dieser Stelle sage ich im Namen des Stadtrates recht herzlichen Dank für ihre Unterstützung. Ich spiele den Ball zurück: Diskutieren Sie über die Antworten des Stadtrates. Ich bin gespannt auf weitere Voten. Vielleicht noch eine Anmerkung zum Schluss: Manchmal macht es die Qualität aus und nicht nur die Quantität. Der Stadtrat ist immer bemüht, konzis und kurz zu sprechen und in einer – ich hoffe auch für Sie –ansprechenden Qualität.

**Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson** hält abschliessend fest, dass die nachfolgende Pause vielleicht genutzt werden kann, um wieder etwas Schwung zu bekommen für hitzige Diskussionen im zweiten Teil der heutigen GGR-Sitzung.

## **11. Postulat (Motion) der Fraktion ALG-CSP vom 26. Juni 2020 betreffend Grundlagen für die Veloförderung schaffen**

Es liegt vor:

- Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2687 vom 21. September 2021

**Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson** stellt fest, dass das Wort zum Eintreten nicht verlangt wird, auf die Vorlage wird somit stillschweigend eingetreten.

### **Patrick Steinle**

Die Fraktion Grüne-CSP dankt dem Stadtrat für den vorliegenden Bericht.

Das Postulat verlangte die Aufhebung von drei in letzter Zeit erfolgten Verschlechterungen der Veloinfrastruktur. Bei eineinhalb davon konnte mit einigem Aufwand eine Verbesserung respektive eben das Aufheben der Verschlechterung erreicht werden. Ohne hier nochmals auf die einzelnen Situationen und die Angemessenheit der Massnahmen einzugehen, möchte ich festhalten: Mit drei Schritten zurück und eineinhalb vorwärts kommen wir nicht ans Ziel. Dass sich Pro Velo, die Lobbyorganisation der Velofahrenden, für das Wiederherstellen des bei weitem nicht idealen Status quo ante an der Gubelstrasse beim Stadtrat noch bedankt, spricht eigentlich schon Bände über den Stand der Veloförderung in dieser Stadt.

Warum diese Veloförderung so wichtig wäre, habe ich an dieser Stelle schon mehrfach erklärt, das erspare ich ihnen heute. Was es für eine erfolgreiche Veloförderung brauchen würde, ist auch eine Binsenwahrheit: Eine gut ausgebaute Infrastruktur, dank der die Verkehrsteilnehmenden sicher und schnell ans Ziel gelangen. Zum Glück haben wir bei der Ortsplanungsrevision auch mit der noch hängigen Motion «Velostadt» nochmals Gelegenheit, hier endlich einen grossen Schritt nach vorne zu kommen.

Entsprechend verzichten wir hier auf eine ablehnende Kenntnisnahme.

### **Daniel Marti**

Wenn man den Titel dieses Postulats «Grundlagen für die Veloförderung schaffen» liest, erwartet man sowohl vom Postulat als auch von den Antworten des Stadtrates einiges; zumindest die Eckpunkte einer Velostrategie oder eines Masterplans Velo müssten da schon drin liegen, denkt man.

Leider wird man dann beim Inhalt dieser Vorlage schwer enttäuscht. Tatsächlich geht es nämlich bei diesem Postulat nur um die Entfernung einer Schranke, um das Umstellen von ein paar Bodenwellen und eine kleine Optimierung des Veloverkehrs bei der General-Guisan-Strasse.

Dementsprechend kurz, auf knapp zwei Seiten, fällt dann auch die Antwort des Stadtrates aus. Die Schranke wird nicht entfernt, sie dient der Sicherheit der Fussgänger, die Schwellen wurden in ihrer Lage leicht angepasst und bei der General-Guisan-Strasse können die Velofahrer in Zukunft die Busspur benutzen. Von Pro Velo Zug gab es dazu sogar ein Dankeschreiben, was ja gewissermassen als die höchste Auszeichnung bei der Velonetzplanung gilt. Probleme also weitgehend gelöst, Postulat als erledigt von der Geschäftskontrolle abschreiben. Da gehen wir mit dem Stadtrat einig und unterstützen den Antrag.

Leider wird damit die zunehmend schwierigere Verkehrssituation, sowohl für den Velo- als auch für den Autoverkehr, in der Stadt Zug kaum verbessert. Mit der laufenden Ortsplanungsrevision, der

Anpassung des kantonalen Richtplans und den noch offenen Motionen «Velostadt Zug» und «Stadttunnel 2.0» werden wir die Gelegenheit haben, dieses Thema breit zu diskutieren. Aus der Sicht der glp wäre nun, auch angesichts der komfortablen Finanzlage sowohl der Stadt als auch des Kantons, die Zeit gekommen, den Mut aufzubringen, in grösseren Massstäben zu denken und Lösungsansätze auszuarbeiten, die eine langfristige Verkehrsentslastung und Aufwertung der Innenstadt erlauben und den Ansprüchen aller Verkehrsteilnehmer gerecht werden. Zumindest auf den Transitachsen wird dies mit einem Mischverkehrsansatz wohl kaum zu bewerkstelligen sein. Und auch in der Innenstadt sollten Lösungen mit horizontaler und vertikaler Trennung des Fahr- und Gehverkehrs nicht von vornherein ausgeschlossen werden. Wir freuen uns auf diese kommende Diskussion und erhoffen uns, dass daraus zukunftsweisende Lösungen resultieren.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit und das Abschreiben dieses Postulates.

#### **Alexander Eckenstein**

Die FDP-Fraktion nimmt den Bericht und Antrag des Stadtrates einstimmig positiv zur Kenntnis. Aus Sicht unserer Fraktion werden die Anträge des Postulanten mit Augenmass und wirksam umgesetzt. Es wurden die Anliegen sowohl der Fussgänger als auch Velofahrer sinnvoll abgewogen und punktuell Verbesserungen angebracht. Als Stadtzuger, der selber als Fussgänger, Autofahrer und Velofahrer unterwegs ist, begrüsse ich eine Verkehrspolitik, die die gegenseitigen Interessen abwägt und wo sinnvoll Verbesserungen vornimmt. Mit Maximalforderungen sowohl in die eine als auch andere Richtung kommen wir verkehrspolitisch nämlich nicht weiter.

#### **Roman Küng**

Die SVP-Fraktion nimmt Bericht und Antrag des Stadtrates zur Kenntnis und beantragt die Abschreibung von der Geschäftskontrolle.

Aus einem Nebensatz der Motion kann man klar die Absicht hinter diesem Vorstoss erkennen: «Es besteht beim Brüggl keine Begegnungszone, bei der Fussgänger allgemein Vortritt hätten.» Aha, es sind also die Velofahrer, die hier den allgemeinen Vortritt erhalten sollten.

Es ist gut, dass der Stadtrat die Anliegen der Velofahrer zwar ernst nimmt, jedoch dürfen diese Anliegen nicht zulasten der Sicherheit der Fussgänger gehen.

#### **Ergebnis**

**Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson** stellt fest, dass der Rat den Bericht des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat. Das Postulat wird von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

## **12. Postulat der SVP-Fraktion vom 29. September 2020 betreffend "Es braucht eine neue Digitalisierungsstrategie für die Stadtverwaltung Zug"**

Es liegt vor:

- Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2691 vom 19. Oktober 2021

**Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson** stellt fest, dass das Wort zum Eintreten nicht verlangt wird, auf die Vorlage wird somit stillschweigend eingetreten.

### **Philip C. Brunner**

Vielen Dank für die Beantwortung dieses Postulats und den Bericht und Antrag.

Ich muss vielleicht etwas vorgreifen, weshalb wir dieses Postulat eingereicht haben. Und zwar war das aufgrund eines Gespräches mit der damals neuen Leiterin der neu geschaffenen Abteilung Kultur im letzten Herbst, die sich bitterlich darüber beklagte, dass die Digitalisierung in ihrer Abteilung absolut inexistent war und dass sie dringend eine entsprechende digitale Lösung für den Gesuchstellungsprozess benötige, damit der Prozess von der Eingabe des Gesuchs durch den Gesuchsteller, der einen Beitrag an sein Kulturprojekt beantragt, bis zur Auszahlung des bewilligten Betrages quasi einheitlich passieren könne.

Soweit ich gehört habe – ich nehme an, der Stadtpräsident wird diese Frage noch beantworten –, ist eine digitale Lösung jetzt insofern eingeführt, dass sie im Aufbau ist und zukünftig gute Dienste leisten soll.

Sie sehen auch, was der Hintergrund aus Sicht der SVP war. Wir wollten Kosten sparen. Wir sehen den Sinn der Digitalisierung weniger auf dem Gebiet, dass sich der Bürger mit irgendwelchen Apps abquälen muss, sondern eher darin, dass auch die Prozesse innerhalb der Verwaltung entsprechend kostengünstig gemacht werden. Nach Studium des neuen Budgets ist ersichtlich, dass die Kosten der Verwaltung mittlerweile die 100-Millionen-Grenze durchschlagen haben, was umgerechnet auf rund 200 Tage, in denen die Stadtverwaltung arbeitet, heisst, dass jeden Tag, an dem die Stadtverwaltung geöffnet hat, rund CHF 500'000.00 in den Personalbereich gehen. Und wenn man betrachtet, wie das in der Zukunft weitergehen soll mit den Personalkosten, dann weiss ich nicht, ob wir da wirklich so gut sind, wie uns der Stadtrat das darstellt. Das sind nämlich grossartige Worte. Nachdem einige Beispiele angeführt werden, ist im Bericht zu lesen, dass diese die Stadt Zug schweizweit als digitale Pionierin positionieren und bestätigen, dass die Digitalisierungsstrategie, die als Beilage angehängt wurde, zielführend umgesetzt und gelebt wird. Man ist sich zwar bewusst, dass das Digitalisierungspotenzial noch nicht ausgeschöpft ist, aber wie wir gehört haben, ist man im Vorsprung gegenüber den anderen Gemeinden. Ich habe Steinhausen und Baar im Kopf, die sich in dieser Beziehung mittlerweile unserer IT angeschlossen haben.

Die SVP-Fraktion überlegt sich jetzt, ob vielleicht ein anderer Schritt der richtige wäre – nämlich die Verselbständigung der IT der Stadt Zug mit der Möglichkeit, wirklich proaktiv im Markt und im Wettbewerb diese offenbar pionierhaften Digitalisierungslösungen entsprechend zu verbreiten. Also die Gründung einer Aktiengesellschaft «IT Stadt Zug», welche dann, weil führend auf diesem Gebiet, im Markt auch eine Chance ist. Die Stadt würde dann entsprechend für die erbrachten Leistungen bezahlen. Das hätte insofern auch noch weitere Vorteile, wie Sie wissen. Denn wir haben da ein Gebilde, das als Bindeglied zwischen dem AIO, das ist die kantonale IT, die ja auch vor ein paar Jahren reorganisiert, wurde, und den Gemeinden auftritt. Ich sehe immer mehr, dass die Stadt Zug da eigentlich in Führung geht beziehungsweise diese Aufgabe übernimmt. Man hat auf meine Fragen geantwortet, dass wir sogar finanziell profitieren. Persönlich bin ich nicht so sicher, ob das so ist.

Darum wäre eigentlich eine Lösung im Markt gar nicht so schlecht. Da würde man relativ schnell sehen, ob Aufwand und Ertrag sich entsprechend rechnen.

Diese Idee ist überhaupt nicht neu, sondern gewisse andere, der Kanton Bern beispielsweise, haben das bereits ausprobiert – und zwar mit Erfolg.

Das wären ein paar Gedanken gewesen zur Frage nach der Digitalisierung. Ich würde mich freuen, wenn der Stadtrat hier entsprechend Antworten und uns über den Stand der Dinge informieren würde. Denn die Digitalisierungsstrategie stammt aus dem Jahre 2017. Das ist jetzt doch schon wieder vier, bald fünf Jahre her. Sie wissen, dass sich die Dinge auf diesem Gebiet ja unglaublich schnell entwickeln und dass das, was vielleicht vor vier oder fünf Jahren mit schönen Broschüren dokumentiert wurde, nicht mehr ganz up to date ist.

Ich denke, wir müssen als GGR in diesem Bereich dranbleiben. Nicht zuletzt wenn betrachtet – auch wenn ich diese Frage nicht ganz genau untersucht habe –, wie sich die Kosten der IT in den letzten zehn Jahren vergrößert haben in dieser Stadt. Irgendwo müsste auch ein Effekt der Ersparnis sein, aber das ist nicht der Fall. Es wird einfach alles aufgeblasen und immer teurer. Da muss man sich fragen, wieso wir digitalisieren, wenn der Kosteneffekt dann eben nicht spielt. Sicher gibt es in jedem Departement in unserer Stadt Anwendungsbeispiele, wo man sagen kann, dass da doch eingespart werden müsste. Wenn die Abläufe prozessorientiert gemacht werden, dann ist die IT das Mittel zum Zweck, die Personalkosten unter Kontrolle zu halten. Das ist doch, was wir wollen. Aber wenn Sie sehen, dass wir im Budget 2022 bereits wieder rund 20 zusätzliche Stellen schaffen, dann scheint die Nachhaltigkeit dieser Digitalisierungsstrategie der Stadt Zug nicht besonders erfolgreich zu sein.

### **Michèle Willmann**

Die Digitalisierung ist ein hochwichtiger Megatrend. Da die ganze Thematik sehr dynamisch ist, müssen Strategien auch laufend angepasst und ergänzt werden. So wird die vorhandene Digitalisierungsstrategie aus dem Jahr 2017 bei Bedarf überarbeitet und im Minimum alle zwei Jahre durch den Stadtschreiber überprüft. Das ist absolut richtig und auch wichtig.

Über die letzten Jahre sind von der Stadtverwaltung immer mehr digitale Fortschritte für die Stadtzuerinnen und Stadtzuger feststellbar gewesen. Diese hat man teilweise auch nur unterbewusst wahrgenommen: Sei es beispielsweise der digitale Betreibungsregistrauszug, die digitale Parkkarte oder die elektronische Unterschrift. Fakt ist, da können sich sehr viele andere Städte und Gemeinden eine Schreibe davon abschneiden. Viele Verwaltungen sind davon leider noch meilenweit entfernt. Doch müssen wir uns sicherlich nicht an den anderen messen und dürfen gerne eigene Massstäbe setzen. Luft nach oben besteht aber auch für die Stadtverwaltung noch viel. Man denke beispielsweise an die Homepage oder den absolut umständlichen Zugang für Kommissionen zum Sitzungsraum Gubel. Die digitale Steuerung lässt heute definitiv bessere Lösungen zu.

Auch bei internen Prozessabläufen besteht innerhalb der Stadtverwaltung noch viel Potenzial in Bezug auf Digitalisierung. Der Lockdown mit dem rasch umgesetzten Homeoffice oder das damals sehr gut funktionierende Homeschooling haben jedoch gezeigt, die Stadt Zug ist auf dem richtigen und auf gutem Weg.

Wir sind überzeugt, dass sich die Stadt Zug des Potenzials und der Herausforderung der Digitalisierung bewusst ist. Wir erachten es aber nicht als nötig, eine komplett neue Digitalisierungsstrategie zu erarbeiten. Vielmehr soll die bestehende Strategie konsequent umgesetzt sowie laufend überprüft und ergänzt werden. Dies ist auch die Absicht des Stadtrats. Die Ressourcen sollen besser in die konsequente Umsetzung und Weiterentwicklung als in die Erarbeitung einer neuen Strategie eingesetzt werden. Schliesslich bestehen leider nicht unbegrenzte Ressourcen.

Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung des Postulats und verfolgen die Digitalisierung der Stadtverwaltung weiterhin gespannt und genau.

### **Karen Umbach**

Ein interessanter Vorstoss, der eine umfassende Überarbeitung der Digitalisierungsstrategie verlangt. Wenn man an die Tagesschau von letzter Woche denkt, könnte man eventuell meinen, dass das Anliegen legitim ist, weil Zürich, Lausanne und Genf in einer Studie über Digitalisierung der IMD vorkommen, Zug aber nicht.

Aber wenn man diese Studie genauer betrachtet, erkennt man schnell, wieso Zug in der Rangliste nicht erscheint. Nicht etwa, weil Zug bei digitalen Themen schlecht unterwegs ist – Zug erscheint nicht in der Rangliste, weil Zug nicht befragt wurde.

Die FDP-Fraktion ist der festen Überzeugung, dass wir in Sachen Digitalisierung sehr gut unterwegs sind. Wir sind auch überzeugt, dass wenn uns die Studienverfasser mitberücksichtigt hätten, wir sehr gut abgeschnitten hätten. Es ist nicht umsonst, dass unser Leiter der IT-Abteilung zum Gremium E-Government Schweiz gehört, nicht umsonst, dass Zürich uns wegen Digitalisierung um Rat fragt und nicht umgekehrt, nicht umsonst, dass wir elektronische IDs eingeführt haben, dass unsere Schule mit I-Pads ausgerüstet sind und so weiter...

Bestimmt könnten wir einiges zusätzlich oder schneller machen – insgesamt sind wir aber mit der bisherigen Vorgehensweise und den Plänen des Stadtrats einverstanden.

Wenn man schaut, wo und was in dieser kleinen Stadt alles passiert ist, dann hat der Stadtrat recht, wenn er schreibt, dass wir ein Vorbild für viele andere Städte und Gemeinden sind. Übrigens – ein kleines Zitat der Beraterin der Stadt Zürich zum Thema Digitalisierung: betreffend der eZug-App sei man sehr neidisch. Bei der Stadt Zürich hätte man es nicht gerne, wenn man nur noch den «Staub» vom davonrasenden Pferd einatmen könne.

Kurz zusammengefasst:

Unsere Strategie steht, sie «verhebt» und sie wird umgesetzt. Wir müssen sie nicht jedes Jahr neu definieren, sondern, wie im Bericht und Antrag steht, Massnahmen und Ziele kontinuierlich überprüfen. Das passiert – was wollen wir mehr.

Die FDP-Fraktion wird einstimmig dem Antrag des Stadtrates Folge leisten.

### **André Wicki, Stadtrat**

Jetzt retten wir noch die Ehre des Gesamtstadtrates und ich werde ein paar Worte zu Ihnen sagen.

Punkt 1: Seien Sie doch ein bisschen stolz. Sie sind doch auch ein bisschen verantwortlich für IT-Strategie beziehungsweise das Budget, das wir von Ihnen bekommen haben. Und wenn wir uns als weiteren Standortvorteil die IT auf die Fahne schreiben können, dann ist das doch wirklich ein gutes Zeichen.

Aber von Anfang an:

Ja, eine Strategie muss von Zeit zu Zeit überarbeitet und auf ihre Aktualität überprüft werden. Der Stadtrat hat die Digitalisierungsstrategie im Mai 2017, noch unter Regie von Karl Kobelt, verabschiedet und diese auch so gelebt und schon viele Projekte umgesetzt.

Nun, es ist so, die Digitalisierung hat seitdem mehr als nur an Fahrt aufgenommen. Einiges wurde schon erreicht, wie sie auch aus der Beantwortung entnehmen können. Doch das ist noch nicht alles, die Digitalisierung geht weiter. Deshalb werden wir 2022/2023 eine Standortbestimmung machen und die Strategie überarbeiten und weiterentwickeln. Auch das ist ein dynamischer Prozess.

Meine Damen und Herren, die Digitalisierung entsteht aber nicht in der IT, die Digitalisierung entsteht in den Departementen, in den 40 Abteilungen. Dort muss das Bedürfnis geweckt werden. Und das ist auch geweckt. Dort müssen die Prozesse erarbeitet und überprüft werden, und dann können wir von einem effizienten Ablauf reden, dann können wir auch von einem effizienten Ablauf für die Stadtbevölkerung reden.

Ich möchte hier ein gutes Beispiel anführen von der Abteilung Kultur. Philip C. Brunner hat das Thema bereits angesprochen. Es gab ein Meeting des Stadtpräsidenten, mit der neuen Kulturbeauftragten und der IT. Dort wurden auch die Bedürfnisse aufgelistet. Ich kann dazu nur sagen, dass wir seit dem 1. November eine Software haben.

Nein, liebe Damen und Herren, warten Sie noch ab, gehen Sie nicht gleich googlen, wo diese Software zu finden ist und wann man sich beim Anlass XY anmelden kann. Lassen Sie uns beziehungsweise die Abteilung Kultur noch ein bisschen üben und turnen. Aber besten Dank für die Anregung.

Wir möchten zudem die Gelegenheit wahrnehmen, dass wir an der GPK-Sitzung im Januar den Stand der Dinge der IT-Projekte nach Departementen aufgelistet aufzeigen und wie es weitergehen soll.

Sie sehen, der IT-Zug ist in Fahrt – in Zug und mit Zug. Und wir machen das einerseits zum Wohle der Zuger Stadtbevölkerung und andererseits auch für die Effizienzsteigerung in der Stadt Zug. Intern, liebe Michèle, sind wir zum Beispiel gerade daran, ein Sitzungs-App zu machen.

Last, but not least, meine Damen und Herren: Am letzten Freitag hat der Gesamtstadtrat auf Einladung von Vroni Straub die Gelegenheit wahrgenommen, mit der Leiterin Jasmin Leuze die Bibliothek Zug anzuschauen. Sie kennen alle die Bibliothek. Ich kenne die Bibliothek auch von meiner Jugendzeit und später und war dennoch so was von positiv überrascht. Gehen Sie sich das mal anschauen. Neben der IT-Abteilung ist die Bibliothek die Abteilung oder das Haus, das voll digitalisiert ist. Ich kenne keine andere Abteilung, auch nicht im Finanzdepartement, die so gut digitalisiert ist. Ich habe hier die Broschüre der Bibliothek Zug mit dem Titel «Unser Angebot für Sie» mitgebracht. Ich gehe mal kurz durch die Angebote: Angebot für Kinder und Jugendliche, immer mit QR-Code versehen, dann das digitale Angebot für Erwachsene und Kinder, darunter DiBiZentral, eine Online-App für Bücher, Hörbücher, Zeitungen, die Filmfreund-App, e-bibliomedia, die Recherchedatenbank GENIOS für Zeitungs- und Zeitschriftenartikel – das könnte auch für Sie von Interesse sein – und, und, und. Schauen Sie sich das an. Es gibt auch eine Veranstaltungsreihe «Sicher und entspannt durch die digitale Welt» für Eltern, Kinder und digitale Neulinge. Wenn Sie also ein sehr gutes Beispiel sehen wollen, dann sicherlich bei der Bibliothek.

An dieser Stelle möchte ich mich auch bedanken. Wir sind auf dem richtigen Weg und werden sicher noch sehen, hören oder lesen, was die nächsten Projekte sind.

**Tabea Zimmermann Gibson, Ratspräsidentin**

Ich erlaube mir, zum Thema Digitalisierung ebenfalls das Wort zu ergreifen. Wenn ich so in die Runde schaue und wir über Digitalisierung sprechen, dann sehe ich, dass sehr viele von Ihnen Laptops dabei haben. Trotzdem haben sehr viele ihre Reden ausgedruckt. Die Reden werden anschliessend jeweils vom Stadtweibel eingesammelt, fotokopiert und über die Treppe hochgebracht zu den Medienschaffenden. Gerade heute bin ich von den Medienschaffenden angefragt worden, ob man vielleicht nicht auch diese Prozesse in Richtung Digitalisierung vorwärtsbringen könne. Ich denke, wir nehmen dieses Anliegen gerne ins Büro GGR auf und werden uns zusammen mit der Stadtkanzlei anschauen, wie wir diese Prozesse auch seitens GGR vielleicht etwas effizienter organisieren können.

**Ergebnis**

**Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson** stellt fest, dass der Rat den Bericht des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat. Das Postulat wird von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.



### **13. Interpellation der FDP-Fraktion vom 3. Juni 2021 betreffend «Bibliothek der Zukunft – wohin führt der Stadtrat die Reise?»**

Es liegt vor:

- Antwort des Stadtrats Nr. 2692 vom 19. Oktober 2021

#### **Maria Hügin**

Die FDP-Fraktion unterstützt die vom Stadtrat skizzierte Weiterentwicklung der Bibliothek und ist überzeugt davon, dass sie damit auch in Zukunft für möglichst viele Zugerinnen und Zuger attraktiv bleiben wird. Schon seit Jahren leistet das Team der Bibliothek Zug eine tolle Arbeit und dafür möchte sich die FDP-Fraktion bei den Verantwortlichen bedanken. Auch bezüglich Digitalisierung ist sie weit fortgeschritten – wie uns Stadtrat André Wicki vorher leidenschaftlich erzählt hat.

Bei aller Begeisterung für das ausgezeichnete Angebot möchte die FDP-Fraktion dem Stadtrat dennoch zwei Hinweise mit auf den Weg geben:

Erstens: Es ist darauf zu achten, dass die Bibliothek nicht private Veranstaltungs- oder Bildungsorganisationen konkurrenziert. Wenn immer möglich sollen deshalb neue Angebote durch Kooperationen mit privaten Organisationen entwickelt werden. Dieses Zusammenspiel von verschiedenen Akteuren bietet eine grosse Chance für innovative, niederschwellige und vielseitige Angebote für die Zuger Bevölkerung.

Zweitens: Die Kosten müssen im Griff behalten werden. Bei einem allfälligen Ausbau der Leistungen, wie zum Beispiel die genannte Öffnung der Bibliothek an Sonntagen, ist eine detaillierte Kosten-Nutzen-Analyse vorzunehmen.

Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die ausführliche und gute Beantwortung der Fragen und nimmt diese zustimmend zur Kenntnis.

#### **Stefan Hodel**

Die Interpellation der FDP-Fraktion und die Antwort des Stadtrates gaben auch unserer Fraktion die Gelegenheit, sich einige Gedanken zu dieser Institution zu machen.

Zum Angebot: Das Angebot unserer Bibliothek ist sehr gut, der Lesesaal reich bestückt, es gibt weder Anmelde- noch Ausleihegebühren. Noch ausbaufähig wäre höchstens das Angebot an E-Books.

Zum Personal: Wir sind froh, dass die Bibliothek auf gutes und zuverlässiges Personal zählen kann. Es ist nicht einfach, aktuell an der Türe stehen zu müssen und nur Kunden mit Zertifikat einlassen zu dürfen. Diese Aufgabe wird ernst genommen, da hat auch ein Mitglied des GGR, dessen iPhone mit QR-Code zu Hause auf dem Küchentisch liegen geblieben ist, keine Chance auf Sonderbehandlung.

Öffnungszeiten am Sonntag: Wenn es vom Personal her möglich ist, die Bibliothek auch an mehreren Sonntagen jährlich offen zu halten, so hätte dies sicher auch viele Vorteile. Nicht nur Menschen ohne Familie wären froh, an Sonntagen ohne Konsumationszwang das Angebot nutzen zu können.

Zum Haus des Lernens: Es ist schön, dass es seit einiger Zeit zusätzlich dieses Angebot gibt. Das Haus des Lernens passt sehr gut zur Bibliothek.

Zum Thema Sponsoring, das von der FDP angesprochen wurde: Zurecht hat die Bibliothek bisher auf Sponsoring verzichtet. Wir, und damit meine ich Stadt und Kanton, können uns die Bibliothek zweifellos leisten und diese vollständig selber finanzieren. Wir sind froh, hier eine werbefreie Zone zu haben. Oder können Sie sich zum Beispiel vorstellen, die Namensrechte der Bibliothek zu verkaufen? Es gibt da einen Bauherrn, etwas weiter Richtung Oberwil, der da sicher gerne ein paar Tausender jährlich zur Verfügung stellen würde und könnte. Aber möchten Sie in Zukunft Ihre Bücher in der Niklas-Nikolajsen-von-Karlshof-Bibliothek ausleihen? Ich glaube eher nicht.

Unsere Bibliothek, bereits vor mehr als drei Jahrzehnten geplant und umgebaut, ist noch immer in fast jeder Beziehung eine Perle. Hoffen wir, dass dies so bleibt.

### **Corina Kremmel**

Wir bedanken uns für die Antwort des Stadtrates. Die positive Antwort überrascht uns jedoch nicht. Wir sehen die Bibliothek als sehr wichtigen Bestandteil unserer Stadt. Dass sich die Bibliothek stetig weiterentwickelt und auch im Bereich der Digitalität mithält, ist ein grosser Mehrwert und steigert die Attraktivität.

Den Punkt Sponsoring möchten wir ebenfalls kurz ansprechen: Da es sich um eine öffentliche Bildungseinrichtung handelt, sehen wir ein Sponsoring als heikel an. Es gäbe ein falsches Bild bezüglich der Objektivität, wenn zum Beispiel ein Pharmaunternehmen die Pharmabücher sponsoren würde. Solange es finanziell keine Engpässe gibt, sollte auf Sponsoring verzichtet werden. Eine Möglichkeit könnten wir uns vorstellen: dass ein Sponsoring bei Veranstaltungen möglich wäre.

### **Philip C. Brunner**

Ich wende mich vor allem an die Bildungsvorsteherin Vroni Straub. Ich möchte zuerst zu meiner Interessenbindung sagen, dass ich bis Ende Juni 2020 Stiftungsrat bei der Stiftung Doku-Zug war. In der Zwischenzeit ist diese Stiftung in die Bibliothek integriert worden. Das ist ein grosser Prozess, der hier vielleicht noch nicht zur Sprache gekommen ist. Ich möchte Danke sagen, dass dieses grosse Projekt, welches auch Arbeitsplätze umfasst hat, so integriert werden konnte. Mit den Schwierigkeiten wegen Corona war das sicher nicht einfach. Das Jahr 2020 war doch zu einem grossen Teil geprägt durch diese Krise, und das Jahr 2021 auch. Für die involvierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sicher nicht einfach. Ich möchte dir, Vroni, an dieser Stelle danken für deinen Beitrag. Ich denke, das ist eine gute Sache für diese Stadt, für die Bibliothek, aber auch für den Kanton.

### **Vroni Straub, Stadtratsvizepräsidentin**

Vielen Dank. Ich freue mich, dass die Interpellantin mit der Antwort des Stadtrates zufrieden ist, aber auch über ihre Voten, die ein grosses Wohlwollen der Bibliothek gegenüber ausdrücken. Ich denke, das ist gerechtfertigt. Und ich bin überzeugt, dass die Bibliothek mit ihren Mitarbeitenden auch in Zukunft dieses Vertrauen weiterhin pflegen wird. Die Mitarbeitenden der Bibliothek haben auch den Ehrgeiz, diese Bibliothek weiterzuentwickeln.

Die beiden Punkte, die Maria Hügin im Namen der FDP-Fraktion mitgegeben hat, werde ich selbstverständlich aufnehmen. Es ist nicht das Bestreben der Bibliothek, in eine Konkurrenz zu den Privaten zu treten, sondern im Gegenteil Kooperationen einzugehen und zu schauen, wo unterstützt werden kann. Sonst sollen die Veranstaltungen von den Privaten durchgeführt werden.

Zum Personal kann ich auch noch ein, zwei Sätze sagen. Im Personaletat haben wir seit vielen Jahren immer 17.5 Stellenprozente, obwohl wir Mehraufgaben übernommen haben. Dank der Digitalisierung musste kein zusätzliches Personal eingestellt werden. Mit der Integration von Doku-

Zug hat die Bibliothek zwei zusätzliche Stellen bekommen beziehungsweise die zweite Stelle davon ist im kommenden Budget beantragt. Das ist nötig, dass wir dieses Angebot auch sauber bearbeiten können.

Zu den Sonntagsöffnungszeiten: Da habe ich die grosse Hoffnung – und ich glaube, es ist eine berechnete Hoffnung –, dass wir sowohl das Stammhaus als auch die Studienbibliothek in Zukunft auch am Sonntag öffnen können – ohne zusätzliches Personal.

Wir haben mit der Studienbibliothek gute Erfahrungen gemacht mit dem automatisierten Betrieb. Es gab keinen Vandalismus und keine anderen Probleme bis jetzt. Die Studierenden konnten bis abends um 9 Uhr in die Studienbibliothek rein, auch am Samstag. Nun möchten wir auch am Sonntag öffnen, diese ebenso beim Stammhaus. Ich gebe zu, dass ich diesbezüglich beim Stammhaus bis jetzt noch bisschen auf der Bremse stand, weil ich Bedenken hatte, die Bibliothek am Sonntag, mit Familien und so weiter, zu öffnen. Ich sehe aber, dass das Bedürfnis besteht. Und wenn wir das ohne zusätzliches Personal machen mit einem automatischen Schliesssystem machen können, dann werde ich mit der Zeit auch noch überzeugt werden können, dass wir auch am Sonntag die Bibliothek für die Familien und alle anderen Besucherinnen und Besucher öffnen können. Aber ich möchte das «süferli» angehen zusammen mit den Mitarbeitenden und nicht riskieren, dass wir hier Schädigungen zu gewärtigen haben. Ich bin aber sehr zuversichtlich, in anderen Städten funktioniert das auch.

### **Ergebnis**

**Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson** stellt fest, dass der Rat die Antwort des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat.

**14. Interpellation B. Zimmermann und J. Messmer, beide SVP, vom 31. August 2021 betreffend "Wie lange müssen die Stadtzuger den oberen Postplatz in dieser Form noch dulden?"**

Es liegt vor:

- Antwort des Stadtrats Nr. 2688 vom 28. September 2021

**Jürg Messmer**

Diese Interpellation wurde nicht einfach aus Langeweile oder so geschrieben. Nein, Kollege Bruno Zimmermann und ich wurden von verschiedenen Zugerinnen und Zugern angesprochen, was denn nun mit dem oberen Postplatz eigentlich passiere.

Sind wir doch mal ehrlich: Der Platz sieht eigentlich nicht besser aus als vor der rund CHF 2 Mio. teuren Umgestaltung. Okay, anstelle von Autos hat es nun Betonklötze, die als Sitzgelegenheit dienen sollen. Und diese sind bereits jetzt mit Graffiti besprayt.

Wenn man vom unteren Postplatz hochfährt, fallen vor allem all die Plakattafeln auf, welche mehr oder weniger schön in Reih und Glied hingestellt sind und mit Werbehinweisen auf kommende Veranstaltungen oder Abstimmungen aufmerksam machen. Vermutlich haben diese aber eine ganz andere Aufgabe. Sie schirmen nämlich den oberen Postplatz wunderbar ab. Ja, dadurch sticht die neugestaltete Betonwüste nicht so sehr ins Auge.

Aber kommen wir nun zur Beantwortung unserer Interpellation durch den Stadtrat.

Die Antwort zur Frage der Metall-Abschrankungen lautet, dass offenbar Bauarbeiter den Platz in Beschlag genommen haben. Spannend finden wir, dass gemäss Zentralplus-Bericht vom 10. September 2021 weder Anwohner noch Bauarbeiter bei der Post selbst davon nichts wissen. «Meines Wissens sind diese Abschrankungen nicht von unserem Umbau», sagt ein Sprecher der Post auf Anfrage von Zentralplus.

Auch dass die Geschäftsleute nicht informiert wurden, ist leicht irritierend. So nervt sich beispielsweise der Besitzer des Restaurants Plaza: «Ich habe selbst zweimal herumgefragt, was diese Absperungen da sollen. Keiner weiss es.» Die Lokale rechnen jedoch damit, dass die Absperrgitter noch länger stehen bleiben.

Aufgrund solcher Aussagen von Direktbetroffenen hinterlässt die Aussage vom Stadtrat zur Frage 1 irgendwie einen schalen Nachgeschmack. Übrigens wurden die Absperrgitter rund eine Woche nach Erscheinen unserer Interpellation durch den Stadtrat weggebracht.

Zur Frage 4 betreffend Konzept ist die Antwort vom Stadtrat:

Das Konzept für die Belebung des oberen Postplatzes basiert auf zwei Pfeilern:

1. Die künftige Aussengastronomie des geplanten Gastrobetriebs.
2. Als Veranstaltungsort für das Gewerbe, Vereine und die Bevölkerung.

Zum Punkt 1 des Konzepts:

Der geplante Gastrobetrieb im ehemaligen Postgebäude lässt noch immer auf sich warten. Warum nicht eine Zwischennutzung des Platzes mit dem Restaurant Plaza arrangiert wurde, weiss vermutlich niemand.

Zum Punkt 2 des Konzepts:

Ein Veranstaltungsort für Gewerbe, Vereine und Bevölkerung. Die beigefügte Auflistung der bisherigen Veranstaltungen, welche übrigens fast die Hälfte der ganzen Beantwortung in Anspruch nahm, hat bei mir doch ein Schmunzeln ins Gesicht gezaubert. Rund 20 Anlässe werden hier aufgeführt.

Klimastreik, Klimademo, Kundgebung von Ja zum Kind, Lancierung Verfassungsinitiative Parteifinanzierung, Strike for Future: alles Anlässe mit jeweils einer Dauer von 1 bis 3 Stunden. Tafelaushang Zunft der Letzibuzäli: Ich bin Zeremonius, sprich Vizepräsident der Zunft der Letzibuzäli, aber nicht einmal ich würde es wagen, diesen Aushang als Veranstaltung zu bezeichnen. Eigentlich als Veranstaltung dürfte man nur das Projekt «Ein Gigant mitten in Zug», die Werkschau der HFTG, die «Dante 700»-Skulptur, GGZ-Neujahrsblatt, den Workshop «Raumlabor offspace», das Jassturnier und den Kunstpause-Adventskalender bezeichnen. Alles andere ist «Alltägliches» und hat nichts mit einer Veranstaltung in diesem Sinne zu tun. Ansonsten müssten ja auch die aktuell aufgestellten Plakattafeln als solches bezeichnet werden. Oder aber Passanten, die sich tatsächlich mal auf diese Steine hinsetzen und für längere Zeit einen Kaffee trinken.

Ich erinnere hier an die Aussage von Nicole Nussberger, Departementssekretärin im Baudepartement, vom 25.7.2018 in Zentralplus:

«Der Platz soll multifunktional genutzt werden können und auch befahrbar bleiben.» Man will ihn zum Beispiel für den Märliunntig, den Weihnachtsmarkt, einen Handwerkermarkt und anderes mehr nutzen können.

Weder Weihnachtsmärit, Märliunntig, Marktstände oder Platzkonzerte hat es gegeben. Alles nun nicht Durchgeführte den coronabedingten Einschränkungen in die Schuhe zu schieben, ist aus Sicht des Sprechenden schlicht zu billig. Wir sind gespannt, ob die geplante Veranstaltung «Zug on Ice» eine Belebung des tristen Platzes möglich macht und wir irgendwann als Stadtzuger stolz auf diesen teuren Platz sein dürfen.

Stand heute jedoch ist klar: Weder die Belebung des oberen Postplatzes noch die Beantwortung der vorliegenden Interpellation ist geglückt.

Wir beantragen daher ablehnende Kenntnisnahme und danken ihnen für die Unterstützung.

### **Mathias Wetzel**

Vorab möchte ich den beiden Interpellanten für den Vorstoss und dem Stadtrat für die Beantwortung danken. Dass die Abschränkungen auf dem oberen Postplatz nicht wirklich ein Augenschmaus waren und zu Diskussionen anregten, dürfte klar sein. Der Grund für diese Abschränkungen war bis anhin der Allgemeinheit nicht bekannt und wird nun in der Antwort dargelegt.

In diesem Zusammenhang findet die FDP-Fraktion es richtig, dass der Stadtrat dafür besorgt war, dass der Platz nicht als Parkplatz durch Dritte zweckentfremdet wird. Der Stadtrat führt in seiner Antwort weiter aus, dass zuerst diverse Interventionen bei den Handwerkern erfolgt waren, bevor der Platz mit den Abschränkungen abgesperrt wurde. Dass zuerst das mildeste Mittel gesucht wurde, bevor man zu den Abschränkungen griff, ist sicherlich richtig und wird von uns begrüsst.

Gemäss Tabelle 1 des Berichts fanden in den vergangenen zwei Jahren trotz Corona Veranstaltungen auf dem oberen Postplatz statt. Dass es hierbei noch deutlich Luft nach oben gibt und dass der Platz noch weiterer Belebung bedarf, dürfte unbestritten sein. Gerade Anlässe mit einer gewissen «Strahlkraft» haben bis anhin klar gefehlt. Gespannt sind wir auf «Zug on Ice» und hoffen, dass der

Anlass ein Erfolg wird und somit auch in Zukunft auf dem oberen Postplatz stattfinden wird. Wie sich die künftige Aussengastronomie auf den oberen Teil des Postplatzes auswirkt, werden wir zudem erst in einiger Zeit sehen.

Es stellt sich also die Frage, wie die Bevölkerung sowie das Gewerbe und die Vereine der Stadt Zug dazu ermuntert werden können, den oberen Postplatz zu beleben. Hier ist auch der Stadtrat in der Pflicht, den Platz zu bewerben und ihn der Bevölkerung und allfälligen Veranstaltern schmackhaft zu machen, damit das hässliche Entlein «oberer Postplatz» doch noch zu einem würdigen Platz in der Stadt Zug wird.

Der obere Postplatz ist und bleibt ein Thema, welches uns sicherlich noch das eine oder andere Mal beschäftigen wird. Für den Moment ist die FDP-Fraktion jedoch mit der Antwort des Stadtrates zufrieden und nimmt diese zur Kenntnis.

### **Corina Kremmel**

Der obere Postplatz, eine Geschichte ohne Ende, wo es fast keine Gewinner gibt. Der obere Postplatz existiert nun, jedoch sollten wir auch das Beste daraus machen.

Der Stadtrat schreibt, dass der Platz auch für unterschiedliche Anlässe genutzt wurde. Dass aufgrund der Coronakrise nicht viele Veranstaltungen durchgeführt werden konnten, erklärt sich von selbst. Aber bei der Auflistung «Anlässe mit Nutzung des oberen Postplatzes» sind über die Hälfte Kundgebungen, Demonstrationen und Plakatausstellungen. Da können auch wir uns ein Schmunzeln nur schwer verkneifen. Wenn Demonstrationen nun als die Veranstaltungen, mit denen der obere Postplatz belebt werden soll, gelten, haben wir schon ein paar Fragezeichen.

Von einer Belebung kann hier wohl kaum gesprochen werden – zumindest keine, die wir uns in der Stadt wünschen. Auch eine Plakatwand oder eine einzelne Skulptur wird diesen Platz nur wenig beleben.

Der Stadtrat hat uns mit anderen Antworten schon deutlich mehr überzeugt. Dieses uns vorliegende Dokument ist nicht sehr aussagekräftig und die Fragezeichen und ein kleiner Unmut bleiben weiterhin bestehen.

Es ist ein leidiges Thema, welches uns wohl noch lange beschäftigen wird. Aber ich hoffe, dass wir uns nun auf die weihnachtlichen Anlässe freuen dürfen.

Die Mitte unterstützt den Antrag der SVP auf ablehnende Kenntnisnahme.

### **Ignaz Voser**

Ich gehe mit meinem Vorredner Mathias Wetzel einig, dieser Platz wird uns noch länger beschäftigen. Es ist auch kein Platz, sondern wird je länger, je mehr zu einem Unort, der von verschiedenen Leuten bespielt wird. Die Abschränkungen, die die Interpellanten mokiert haben, stehen symbolisch für die Hilflosigkeit betreffend Platzgestaltung. Das sind die Schranken, die auch durch unseren Rat gehen und durch unsere Köpfe. Wir sollten uns mehr um den Platz kümmern und weniger um das Drumherum, sonst kriegen wir einen Basar. Und Zug ist nicht geeignet für einen Basar. Zug hat einen tollen, schönen Platz verdient. Aber dazu müsste viel grosszügiger denken. Eines wird unserem Stadtpräsidenten nicht vergönnt sein in der kurzen Zeit bis zu seinem Ausscheiden. Er wird nicht Gäste empfangen und ihnen sagen können: Kommt, schaut, wir zeigen Ihnen unsere schönen Plätze. Er wird dastehen und sich schämen müssen. Und das ist traurig. Und ich finde es auch sehr traurig, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit wie wenigen Sätzen man eine solche Interpellation abtun kann – mit wie wenig Engagement und mit wie wenig Wertschätzung.

Wir von der Fraktion Alternative-CSP sind mit dieser Antwort alles andere als zufrieden. Mehr noch, wir sind ob der Lustlosigkeit, unserem Rat hier ein paar vertiefende Informationen zu liefern, mehr als erstaunt. Damit hat sich der Stadtrat wirklich kein Bein ausgerissen.

Nach den stattgefundenen Umfragen betreffend Mobilität und Freiraum für die ganze Stadt Zug – darüber sind wir ja heute informiert worden – und dem klaren Bekenntnis der Zuger Bevölkerung zu attraktiven Aussenräumen ist diese Antwort völlig unverständlich.

Auch vermissten wir zu Antwort 4 eine Skizze oder einen Plan, wie denn nun der Platz mit der neuen Aussennutzung vor der Hauptpost aussieht. Leider war da nichts zu finden. Ich habe mir dann die Mühe gemacht, bei der Verwaltung nachzufragen, ob es zu dieser Antwort nicht eine Idee von diesem Aussenplatz gäbe. Die Stadt vermietet ja dem neuen Nutzer in der Hauptpost einen Teil des Platzes. Das wurde für mich zu einem kleinen Hindernislauf. Ich wurde zum Teil weiterverbunden. Das Baudepartement hat dann am Schluss noch gesagt, ich müsse mich an die Eigentümer wenden, da dieser Plan für mich nicht erhältlich sei. Nicole Nussberger hat sich dann erweichen lassen und mich trotzdem mit einem kleinen Plan bedient. Dieser Plan existiert seit Mai dieses Jahres. Eigentlich hätte ich mir gewünscht, dass dieser Rat oder mindestens die Kommissionen über eine solche Zusatznutzung des Platzes orientiert und informiert worden wären. Nach langem Hin und Her und diversen Telefonaten wurde mir heute Morgen dann diese Planskizze der Aussenbestuhlung geliefert. So sieht man wenigstens, wie dieser Bereich angedacht und vom Bauamt bewilligt worden ist. Die Antwort, wie dieser Aussenbereich von der Zugänglichkeit her über die immer noch befahrene Zeughausstrasse funktionieren soll, bleibt man uns aber schuldig. Man stelle sich vor, da turnen dann die Kellner die Treppe herunter über die Strasse auf den Aussenbereich des Restaurants. Wie das funktionieren soll mit diesen Verkehrsflüssen, ist nicht erledigt in dieser Interpellation.

Die Frage stellt sich auch: Wer begleitet diese nun erweiterte Aussen- und Platzgestaltung? Welche Schritte sind schon eingeleitet oder müssen noch aufgegleist werden? Wie verträgt sich diese neue Nutzung mit dem ausgelobten Wettbewerb von Appert und Zwahlen? Wie kann ein Jekami verhindert werden? Dieser Platz hat wirklich vieles nötig.

Wäre es nicht an der Zeit, einen Beirat oder eine Kommission bestehend aus Fachleuten nur für die Aussen- und Freiräume der Stadt Zug zu schaffen? Das macht durchaus Sinn, denn die Personaldecke im Bauamt ist dünn und die Wichtigkeit dieser Stadtentwicklung sehr wichtig. Eine Kommission, welche die Konzepte und die Ideen auch als Ganzes überwacht und nötigenfalls eingreift.

Nur zum Vergleich: Für unseren letzten Platz auf dem Friedhof Zug gibt es auch eine Friedhofskommission, welche über die Benutzungsregeln, die Grösse der Gräber und die baulichen Veränderungen in diesem Gebiet wacht. Umso mehr macht ein Beirat für die Aussenräume der ganzen Stadt Zug Sinn.

Wir wünschten uns vom Stadtrat mehr und bessere Informationen und ebenso den Miteinbezug der Bau- und Planungskommission in solche Entscheide. Es kann und darf nicht sein, dass hier in den Hinterzimmern etwas gewurstelt und geplant wird und wir nicht einmal zu den Unterlagen Zugang haben. Wir wollen mitbestimmen und dies obliegt nicht zuletzt diesem Rat.

Wir von der Fraktion Alternative-CSP beantragen ebenfalls ablehnende Kenntnisnahme.

**Eliane Birchmeier, Stadträtin**

Eigentlich muss ich den Interpellanten sagen: Es geht ja gar nicht um diese Gitter. Sie wollen über den oberen Postplatz debattieren. Wenn es nur um diese Abschränkungen gegangen wäre, dann ich Ihnen ein Telefon an das Baudepartement empfohlen und Sie hätten die Antwort ganz schnell erhalten.

Es wurde seitens Interpellanten erwähnt, dass Zentralplus auch rumgefragt hat. Nun stellt sich halt die Frage, wem Sie ihr Vertrauen schenken: Zentralplus, einer Zeitung, oder der Stadt. Sie können auf jeden Fall sicher sein: Was wir Ihnen geschrieben haben, das ist korrekt und stimmt. Wir machen Ihnen da nichts vor.

Aber nun zum oberen Postplatz. Ich weiss gar nicht so recht, was Sie wollen. Der Platz ist gebaut. Er soll genutzt werden. Es ist nicht die Stadt, die den Platz animiert oder als Eventorganisatorin auftritt. Der Platz kann genutzt werden. Jeder kann ihn für Veranstaltungen gebrauchen. Ich kann Sie eigentlich nur auffordern: Nutzen Sie diesen Platz. Machen Sie etwas damit.

Aber so wie der Platz jetzt ist, so haben wir ihn. Wir können ihn nicht verändern.

Gleichzeitig komme ich noch auf gewisse Widersprüche zu sprechen. Einerseits höre ich, der Platz soll belebt werden, wenn dann aber eine Gastronutzung kommt, ist das irgendwie auch nicht das Richtige. Ich denke, beim oberen Postplatz werden wir nie eine Übereinkunft finden, wo wir alle sagen, das ist es jetzt.

Ich habe mir zum oberen Postplatz schon ein paarmal überlegt: Vielleicht braucht jede Stadt so einen Unort, über den man sich immer wieder aufregen oder echauffieren kann. Ich kann es mir nicht anders erklären. Ich muss aber auch sagen, ich verstehe Ihren Unmut. Ich weiss persönlich auch nicht, ob ich den Postplatz so wahnsinnig toll finde. Aber das ist mein persönliches Empfinden. Und wir haben diesen Platz nun mal. Ich kann wirklich nichts Besseres sagen als: Machen wir jetzt das Beste daraus. Ich bin schon sehr zuversichtlich, dass dieser Platz nächsten Sommer, wenn dieses Gastronomieunternehmen einzieht – das hätte ja schneller gehen sollen, war aber leider auch durch Corona verhindert worden – etwas Italianità bekommt. Und vielleicht gefällt es uns dann allen etwas besser. Oder vielleicht können wir im Sommer dann nach einer GGR-Sitzung auf dem Postplatz zusammen einen Apéro nehmen.

**Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson** stellt fest, dass **Jürg Messmer** nochmal das Wort verlangt und fragt ihn, ob er darauf bestehe, nach der Stadträtin noch einmal das Wort zu ergreifen.

**Jürg Messmer**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, es ist im GGR ja tatsächlich zulässig, auch nach dem Stadtrat zu sprechen, vor allem wenn man vom Stadtrat eigentlich direkt angesprochen wird.

Es kam mehr oder weniger der Vorwurf, diese Interpellation sei nicht nur wegen den Absperrgittern getätigt worden, sondern das sei nur der Vorwand gewesen. Das stimmt natürlich so nicht. Es ist allgemein bekannt, dass die SVP-Fraktion und auch ich nie begeistert war ob den Plänen auf dem oberen Postplatz. Aber für die Entstehung dieser Interpellation war wirklich ausschlaggebend, dass Bruno Zimmermann und ich von Zugerinnen und Zugern angesprochen wurden, was denn jetzt diese Absperrgitter sollen. Dies war schlussendlich ausschlaggebend.

Und ja, vielleicht hätte man ein Telefonat machen und bei der Stadtverwaltung nachfragen können, was diese Gitter sollen. Dann hätten wir es zwar gewusst, aber die Passantinnen und Passanten der Stadt Zug hätten immer noch nichts gewusst.



Man hätte als Stadtrat auch nach zwei Wochen Testphase mit diesen Absperrgittern die Gitter wieder wegräumen und schauen können, ob es die Bauherren tatsächlich nun begriffen haben, statt die Gitter bis auf Zusehen hin einfach stehen zu lassen.

Wie weiter mit dem Postplatz? Sie sagen, Frau Stadträtin, dieser muss von der Bevölkerung bespielt werden, muss von den Zugerinnen und Zugern bespielt werden. Das stimmt, da bin ich mit Ihnen einig. Aber vielleicht muss die Bevölkerung auch wissen, dass sie diesen Platz benutzen darf. Der Wochenmärit, Klausmarkt, Adventsmarkt: das alles findet auf dem Landsgemeindeplatz statt. Vor einer oder zwei Wochen war der Terminkalender in der Zuger Zeitung. Dort wurde aufgelistet, was alles dort unten passiert. Vielleicht müsste man auf der Website der Stadt – dank Digitalisierung – auch mal einen Hinweis machen, dass der obere Postplatz von der Bevölkerung bespielt werden darf. Und dann müsste vielleicht – wenn sich dann vielleicht jemand bereit erklärt, diesen Versuch zu starten – geklärt werden, was mit den Fahrrädern passiert, die auf dem Postplatz irgendwo abgestellt werden. Das wäre dann ein anderes Thema, darauf gehe ich jetzt nicht näher ein. Aber ich nehme an, dass auf der Seite des Restaurant Plaza, wo die Fahrräder und Motorräder zurzeit abgestellt werden, keine Fahrräder und Motorräder abgestellt werden können, wenn Zug on Ice stattfindet. Aber das wären auch Überlegungen, die ich von einem Stadtrat erwarte. Nicht nur die Aussage, «die Bevölkerung soll gefälligst kommen und den Platz bespielen», sondern der Stadtrat muss der Bevölkerung sagen, «Kommt und bespielt den Platz» – und dies dann auch unkompliziert bewilligen. Das wäre dann noch das Tüpfelchen auf dem i, dass das unkompliziert geht. Im Moment ist das schwierig. Ich gehe nicht näher darauf ein, aber als Vizepräsident der Letzibuzäli kann ich sagen, dass wir mit Bewilligungen im Moment einen schweren Stand haben.

#### **Abstimmung Nr. 4**

- Für Kenntnisnahme stimmen 9 Ratsmitglieder
- Für ablehnende Kenntnisnahme stimmen 23 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 2

#### **Ergebnis Abstimmung Nr. 4**

**Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson** stellt fest, dass der Rat die Antwort des Stadtrats ablehnend zur Kenntnis genommen hat.

## **15. Mitteilungen**

### **Die nächste Sitzung des GGR findet statt:**

Dienstag, 30. November 2021, 17:00 Uhr

Für das Protokoll

Martin Würmli, Stadtschreiber

Beilage:

1. Abstimmungsergebnisse: Protokoll der Sitzung vom 2. November 2021
2. Abstimmungsergebnisse: Zusammenfassung
3. Präsenzliste